Erwerbslosen-Ausgabe

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 30. Oktober 1929
11. Jahrg. Nummer 254

Erscheint täglich ... preis: wöchentlich ... Durch die Post bezogen ... Anzeigenpreis: ... Raum 12 Pf., Vereins- ... preis: Die dreigespaltene ... meterzeile oder deren Raum im Text 10 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme 4 Uhr, der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Beilage. Bezugs- ... Einzelnummer 10 Pf. ... unter Streifband 3,00 Mk. ... eine Millimeterzeile oder deren ... Stellenanzeigen 6 Pf. Reklame- ... meterzeile oder deren Raum im Text

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 31, Tel. 560 39. Postscheckkonto: Breslau 514. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50, Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Ebertstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Waldenstr. 11, Tel. 1864; Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50

Vertreibt die Wahlkonds-Marken der Kommunistischen Partei
KPD 10 Pf.

Neuer Anschlag gegen die Erwerbslosen

Die Abmachungen zwischen Sozialdemokratie u. Unternehmertum / Erwerbslose, Betriebsarbeiter, wehrt euch / Rüstet zum Reichskongreß der Gewerkschafts-Opposition / Wählt Kommunisten!

Während der Beratung über den Unterstützungsraub im Reichstag machten die Sozialdemokraten den Unternehmern den Vorschlag, die Differenzpunkte über die Beitragserhöhung und den weitgehenden Forderungen auf Unterstützungsabbau zu vertagen. Die Sozialfaschisten wollten aus Angst vor der Abrechnung bei den Kommunalwahlen erst nach dem 17. November die Wünsche der Unternehmer restlos erfüllen. Die Unternehmer zeigten volles Verständnis für die Wahlschmerzen ihrer Koalitionsbrüder und erklärten sich mit der Verschiebung der endgültigen Durchsetzung ihrer Forderungen einverstanden. Darauf machten die Aufbauer, Graßmänner und Kumpanen in der Oeffentlichkeit ein großes Gegenmanöver. Sie schwindelten in ihrer Presse und in Versammlungen den Arbeitern vor, der bereits beschlossene Abbau der Erwerbslosenunterstützung sei [illegible] sondern eine Beseitigung von Mißständen, und [illegible] Vorstoß der Unternehmer zurückgeschlagen [illegible] auf die Leichtgläubigkeit ihrer Wähler und Versammlungsbesucher und auf die Tatsache, daß, da die von ihnen nur beschlossenen Bestimmungen am 1. November in Kraft treten, bis zum 17. November die vollen Auswirkungen für die Arbeiter noch nicht erkennbar sein würden. Und — Zeit gewonnen, alles gewonnen — ist der Wahltag vorüber, kann man ja unbedenklich weitere Maßnahmen gegen die Arbeiter beschließen!

Bereits am 7. Oktober hat anläßlich einer Pressebesprechung unter dem Vorsitz Wissells der Ministerialrat Dr. Lehfeldt erklärt, daß durch die am 3. Oktober vom Reichstag beschlossenen Maßnahmen: Verlängerung der Anwartschaftsdauer und der Wartezeit, Herabsetzung der Unterstützung bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit, Anrechnung von Ruhegehältern, Wartegeldern und Sozialrenten, Herabsetzung der Beiträge zur Krankenversicherung und der verschärften Anwendung der Unterstützungsentziehung

90 bis 100 Millionen Mark

eingebracht werden. Dr. Lehfeldt wies weiter darauf hin, daß der noch bleibende Fehlbetrag von 181 Millionen bei der kommenden Finanzreform ausgeglichen werden sollte.

Anscheinend haben die Unternehmer nicht die Absicht, die Erledigung ihrer reaktionären Wünsche so lange hinauszuschieben. Sie pochen auf ihre Wahlabmachung mit den sozialdemokratischen Führern und fordern sofortige Durchführung nach den Kommunalwahlen. So wird im „Berliner Börsen-Courier" vom 25. Oktober u. a. geschrieben:

„Das Reformwerk an der Arbeitslosenversicherung ist vorläufig mit einem höchst unbefriedigenden Kompromiß beschlossen worden. Die noch ausstehenden Punkte sollen bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen im Reichstage im Laufe des Novembers erledigt werden. Die Stellung der Parteien zur Beitragserhöhung wird erneut eine lebhafte Diskussion hervorrufen, und man kann nur hoffen, daß die bürgerlichen Parteien bei ihrer ablehnenden Haltung bleiben werden, die nicht nur dadurch bedingt ist, daß eine wirkliche Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit der Beitragserhöhung allein noch nicht zu erreichen ist, sondern vor allem von dem Gedanken getragen wird, daß endlich einmal eine Grenze gezogen werden muß bei den Bewilligungen für den gesamten Sozialetat."

Hier wird mit unverblümten Worten ausgesprochen, daß ein weiterer Abbau der Erwerbslosenunterstützung zur Sanierung der Reichsanstalt erfolgen soll. Das wäre die unmittelbare Fortsetzung des sozialreaktionären Kurses unter Führung des Arbeitsministers Wissell. Den Arbeitern werden die Ausführungen Dr. Lehfeldts und des „Berliner Börsen-Couriers" ein Anschauungsunterricht sein.

Am 17. November werden Arbeitende und Erwerbslose die erste Abrechnung mit den Unterstützungsräubern halten und nur Kandidaten der Kommunistischen Partei wählen.

Sie werden aber auch mit schärferen Mitteln den Kampf gegen die soziale Reaktion weiterführen. Zu diesem Kampf den Weg zu zeigen, ist Aufgabe des am 30. November und 1. Dezember stattfinden Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Welche Zeitung liest Du?

Prolet, der fromme Zeitungswisch,
Der hilft dir nicht. Leer bleibt dein Tisch.
Schon in der Bibel steht geschrieben:
Der arme Mann kann Kohldampf schieben.

Niederkirchner vor der Ausweisung

Ein neuer Schandplan der Sozialfaschisten — Wie es zur Verhaftung kam

(Eigener Bericht.) **Berlin, 29. Oktober.**

Der Sozialfaschismus holt zu einem neuen Streich aus, um die kämpfenden Rohrleger ihrer Führer zu berauben. Zwischen Zörgiebel und Grzesinski schweben augenblicklich Verhandlungen, die auf nichts Geringeres, als auf die Ausweisung des Genossen Michael Niederkirchner abzielen.

Die „Rote Fahne" schreibt dazu u. a.:

„Wir erheben flammenden Protest gegen diese erbärmliche Niederträchtigkeit, die auf den Widerstand aller Arbeiter stößt. Vor dem Kriege galt es als eine Ehrenpflicht der Sozialdemokratie, ausländische Revolutionäre gegen Landesverweisung zu schützen. Heute aber leben nichtdeutsche aufrechte Proletarier in der Weimarer Republik in ständiger Gefahr, ausgewiesen zu werden.

Der Menschewik Abramowitsch dagegen darf in ganz Deutschland herumreisen und antibolschewistische Lügen verbreiten. Die Mordorganisationen und Kampfvorbereitungen der Generale und Staatsanwälte des blutigen Nikolaus werden nicht nur geduldet, nein, der Sozialdemokrat Zörgiebel bedient sich dieses Emigrantengesindels zum Kampf gegen die Sowjetunion.

Es soll übrigens einen Reichsfinanzminister geben, der ebenfalls Oesterreicher ist. Aber dieser Hilferding machte die SPD. koalitionsfähig und hat damit den Dank der deutschen Bourgeoisie in Gestalt des Staatsbürgerpatents erhalten.

Es ist bekannt geworden, daß schon einige Tage nach Ausbruch des Streiks eine Unternehmerdelegation bei der Staatsanwaltschaft vorstellig geworden ist und die Verhaftung der Streikleitung forderte.

Schon vor fünf Wochen schrieb der Abend-„Vorwärts" vom 21. September: „Die Ortsverwaltung des DMV. hat nunmehr Maßnahmen in den Weg geleitet, um diesem Terror ein Ende zu machen."

Wenige Tage vor der Verhaftung rief das Mitglied der DMV.-Ortsverwaltung und Leiter des Streikbrecherbüros in der Linienstraße, Lehmann, in einer Versammlung aus: „Wir haben es bis jetzt noch nicht für nötig gehalten, die Streikleitung verhaften zu lassen. Aber es ist nur noch eine Frage von Tagen."

Zwei Tage vor der Verhaftung erschien eine Unternehmerabordnung abermals bei der Staatsanwaltschaft und forderte sofortiges Eingreifen.

Das ist die Vorgeschichte dieses Justizstreiches, der in geradezu klassischer Weise den Dreierblock: Unternehmertum, Gewerkschaftsbürokratie und Staatsgewalt am Werke zeigt.

Polizeipräsident Beck zurückgetreten

Breslau, 30. Oktober.

Polizeipräsident Beck in Gleiwitz ist mit sofortiger Wirkung auf Wartegeld gesetzt worden und hat angeblich aus „privaten Gründen" sein Amt niedergelegt.

Der zurückgetretene Polizeipräsident war Sozialdemokrat. Als früherer Ingenieur kam er, arm wie eine Kirchenmaus, vor etwa sieben Jahren in sein Amt. Ein Nachzügler in der Armee der Nutznießer der Versippung der SPD. mit dem Staatsapparat. Beck, in jedem Zoll ein Bürger, war ein Todfeind der revolutionären Arbeiterbewegung. Er hat bei der Maifeier im Jahre 1924 die demonstrierenden Arbeiter blutig niederschlagen lassen. Er war der sozialdemokratische Polizeipräsident, der als erster eine Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes auflöste. In seiner gesamten Laufbahn hat sich Beck als Knecht der Bourgeoisie, als Kettenhund des Kapitals und Schützer der heiligen Geldsackordnung bewährt. Besonders 1923, als er Dutzende revolutionärer Arbeiter in Schutzhaft steckte. Becks „Verdienst" bestand ferner darin, daß er die Polizei reorganisierte; er machte aus ihr die sich über den ganzen Industriebezirk erstreckende Bürgerkriegstruppe, wie sie die oberschlesischen Kapitalisten brauchten. Die bürgerliche Presse ist daher des Lobes über Beck voll. Das Zentrumsblatt, die „Schlesische Volkszeitung", schreibt:

„Der Weggang des ersten Polizeipräsidenten im oberschlesischen Industriebezirk, der die Polizeiorganisation in ihrem heutigen Bestande aufgezogen hat, wird in den Beamtenkreisen allgemein bedauert. Dem scheidenden Präsidenten wird von seinen Untergebenen seine Liebenswürdigkeit und seine Hilfsbereitschaft nachgerühmt. Wenn Polizeipräsident Beck auch Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist, so ist ihm das Zeugnis auszustellen, daß er stets nach bestem Können bestrebt war, allen Parteien gerecht zu werden. Er griff immer da unnachsichtig ein, wo bestehende Gesetze nicht beachtet und die Ruhe und Ordnung gestört wurden."

Ehre, dem Ehre gebührt! Herr Beck hat das Lob, das ihm das Blatt der Ausbeuter und der Volksverdummung spendet, ehrlich verdient. Der 51jährige, der aus „privaten Gründen" in den Ruhestand tritt, wird sich nunmehr von seiner kaum siebenjährigen Tätigkeit bei standesgemäßer Pension erholen. Seine „soziale Frage" ist gelöst. An Stelle von Beck wird ein anderer Ordnungsschützer treten. Beck geht, das Beckſche Polizeisystem, Ausbau der oberschlesischen Bürgerkriegstruppe im Kampfe gegen die rebellierende Arbeiterschaft, bleibt bestehen, bis die oberschlesischen revolutionären Proletarier die politische Macht erobert, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen und die Beck und anderen Kapitalsknechte zum Teufel gejagt haben werden!

Auf die „privaten Gründe" des Rücktritts werden wir noch zurückkommen.

Stahlhelmbegehren gescheitert!

Eine Aufrechnung der nach Mitternacht vorliegenden vorläufigen Ergebnisse ergibt die Zahl von 972 665 Eintragungen in die Listen für das Volksbegehren. Obwohl noch zahlreiche Ziffernmeldungen ausstehen und sich die Endziffern wesentlich erhöhen werden, kann heute schon festgestellt werden, daß das Volksbegehren gescheitert ist. Die notwendige Zahl von zehn Prozent Eintragungen der Wahlberechtigten wird nicht erreicht. Die demagogischen Volksbetrüger haben eine vernichtende Niederlage erlitten.

Drei Verhaftungen in der Bombenangelegenheit

Wie das Landeskriminalamt Berlin mitteilt, sind in Hamburg-Altona der 23jährige Kunstmaler Harro Schmidt, der 22jährige kaufmännische Angestellte Herbert Schmidt und der 23jährige Kaufmann Erwin Kaphengst festgenommen worden. Herbert Schmidt ist geständig, mit dem zurzeit flüchtigen Elektrotechniker Alfred Kaphengst, zuletzt in Altona-Othmarschen wohnhaft, die bei den beiden Anschlägen in Schleswig-Holstein verwendeten Sprengkörper mit Halbzündung angefertigt und außerdem den Anschlag auf das Landratsamt in Riebül mit Kaphengst durchgeführt zu haben.

Auch diese faschistischen Attentäter werden nach mehr oder minder kurzer Zeit wieder aus der Haft entlassen werden.

Nur die Kommunisten für die Kriegsbeschädigten

Wir berichteten gestern auf der Hauptseite über das geplante Attentat auf die Kriegsbeschädigten. Zur Ergänzung unseres gestrigen Artikels veröffentlichen wir nachstehend einen Bericht der Genossen im Reichstagsausschuß, der die Täuschungsmanöver der Regierungsparteien und die Schandpläne der Müller-Hilferding-Regierung beleuchtet.

Am Montag, dem 26. Oktober, tagte der 16. Ausschuß des Reichstags, der sich mit Kriegsbeschädigtenangelegenheiten befaßt. Auf der Tagesordnung stand die Besprechung der von der Regierung eingeleiteten und durchgeführten Spar- und Abbaumaßnahmen bei den Kriegsbeschädigten. Der Vertreter des Reichsfinanzministers Hilferding versuchte die Abbaumaßnahmen zu rechtfertigen mit der Begründung, daß die schlechte Finanzlage des Reiches einen Ausbau der Versorgung unmöglich mache. Von 120 000 Neuanträgen der im Jahre 1930 abgefundenen 20 Prozent Erwerbsunfähigen sind nur 20 000 anerkannt worden. Der Regierungsvertreter erklärte weiterhin, daß insbesondere die Nachuntersuchungen und die Sperrfristen gegenüber den 20 Prozent Erwerbsunfähigen berechtigt seien. Die Regierung sei nicht in der Lage, weitere Mittel für die Kriegsbeschädigten bereitzustellen.

In der Debatte gaben sich die bürgerlichen Abgeordneten wie auch die Sozialdemokraten die größte Mühe, Worte zu finden, um damit die ungeheure Erregung über die Abbaumaßnahmen in den Kreisen der Kriegsopfer abzudämpfen. Zu diesem Zwecke einigte man sich auf einen von dem Sozialdemokraten Roßmann eingebrachten Antrag, in dem den Kriegsbeschädigten neue Hoffnungen auf den Nachtragsetat des Herrn Hilferding gemacht werden. Daß es sich bei diesem angenommenen Antrag lediglich um ein Beruhigungsmittel für die Kriegsbeschädigten handeln soll, gestanden einige bürgerliche Redner in der Diskussion offen ein. Um dieses Täuschungsmanöver als solches zu kennzeichnen und gleichzeitig die Forderungen der Kriegsbeschädigten vorzubringen, brachte Genosse Gräf folgenden Antrag ein:

1. **Die Regierung wird ersucht, die ergangenen Abbaumaßnahmen auf dem Gebiete des Versorgungswesens sofort zurückzuziehen;**
2. **die Reichsregierung wird ersucht, baldigst einen Entwurf einer sechsten Novelle zum Reichsversorgungsgesetz vorzulegen.**

Alle Parteien wandten sich gegen diesen kommunistischen Antrag. Die Kriegsbeschädigten können sich keine Hoffnungen auf den Nachtragsetats des Finazministers Hilferding machen. Die Abbaumaßnahmen bleiben bestehen und werden in Zukunft noch verschärft werden. Für die Opfer des Krieges ist eben kein Geld da. Hilferding hat andere Sorgen. Er ist gegenwärtig dabei, das Programm für die Steuererleichterungen der Bourgeoisie aufzustellen. Diese Steuererleichterungen können eben nur durchgeführt werden auf Kosten der Werktätigen und der Kriegsbeschädigten.

Studenten-Krawalle in Wien

Heimwehrleute und Hakenkreuzstudenten stürmen die Universität. — Die Technische Hochschule geschlossen

Das „Berliner Tageblatt" berichtet aus Wien: An der Wiener Universität sowie an der Technischen Hochschule kam es heute zu schweren Hakenkreuzlerkrawallen, in deren Verlauf die Technische Hochschule geschlossen werden mußte. Aus Unmut darüber, daß sowohl der Rektor der Technischen Hochschule wie auch der Rektor der Universität, Freiherr von Gleispach, am Sonntag einer Kundgebung der Heimwehr beigewohnt hatten, hatten sozialistische und demokratische Studenten einen gegen das Treiben der Heimwehr gerichteten Anschlag in ihrem akademischen Auslagekasten angebracht. Um diese Auslagekästen (in denen übrigens monatelang Aushänge angebracht waren, welche die jüdische Religionsgemeinschaft beschimpften), entspann sich heute eine furchtbare Schlacht, in welche die Polizei eingreifen mußte, und in deren Verlauf der Kiosk der sozialistischen Studenten zerstört wurde.

Nach dieser Heldentat begaben sich Heimwehrleute und Hakenkreuzstudenten in geschlossenem Zuge durch die Stadt nach der Universität, vereinigten sich dort mit völkischen Studenten und fielen in die Hörsäle ein.

Sie unterbrachen mit Drohungen und Kundgebungen die Vorlesung des Historikers Popsch und forderten unter dem Zuruf „Hoch der numerus clausus" die jüdischen Hörer zum Verlassen der Hörsäle auf. Der Rektor der Technischen Hochschule, Professor Schaffernak, hat gegen die sozialistischen Studenten Stellung genommen, indem er sie beschuldigte, durch ihre Veröffentlichungen gegen die Heimwehren die Erregung in der völkischen Studentenschaft hervorgerufen zu haben. Von den aufreizenden Kundgebungen der Hakenkreuzler schwieg er.

Die österreichische Sozialdemokratie bietet dem Faschismus Kapitulation an

Im Verfassungsausschuß des österreichischen Nationalrates hat Otto Bauer zur „Vermeidung der wirtschaftlichen Beunruhigung" den bürgerlichen Parteien einen feierlichen Verständigungsvorschlag gemacht. Alle Parteien des Parlaments sollen gemeinsam erklären, daß sie im Verfassungsstreit keine gesetzwidrigen Mittel anwenden wollen. Die Regierung soll sich verpflichten, „jeden, der zu einem gewaltsamen Umsturz der Verfassung oder zu ihrem rechtswidrigen Bruche auffordert, nach dem Gesetz zu behandeln", und endlich sollen sich die Parteien gemeinsam zur „inneren Abrüstung", zur Auflösung aller Selbstschutzorganisationen verpflichten. Praktisch bedeutet ein solcher Vorschlag den Appell an die bürgerlichen Parteien, sie mögen auf ihren Heimwehrfaschismus verzichten und sich auf den Regierungsfaschismus beschränken, mögen es den Herren Schober und Vaugoin überlassen, auf „gesetzmäßigem" Wege alle revolutionären Organisationen zu verbieten, im Einvernehmen mit der Sozialdemokratie die Verfassung zu ändern und mit den den Arbeitern abgenommenen Waffen auf „gesetzmäßigem Wege" die Arbeiter zusammenschießen. Die bürgerlichen Parteien in Oesterreich schätzen die österreichische Sozialdemokratie auf Grund ihrer Kapitulationspolitik bereits so schwach ein, daß sie ihr noch einen weiteren Fußtritt zu versetzen in der Lage waren. Die Parteivertreter lehnten den sozialdemokratischen Vorschlag ab und der Landbundvertreter Schönbauer erklärte offen, daß, wenn die Sozialdemokraten den Verfassungsentwurf Schobers ablehnen, aus ihrer Hoffnung nach Neuwahlen nichts würde —, dann würde überhaupt nicht mehr geredet, oder zu deutsch, dann käme eben der Staatsstreich. Die sozialdemokratische Presse ergeht sich nun in den höchsten Tönen über die notwendige „Verteidigung der Republik". Sie hatte Gewerkschaftskonferenzen für Sonntag einberufen, um dort große Töne schwingen zu lassen, und der Gewerkschaftsvorsitzende Hurdes schreibt in einem Artikel:

„Wenn sie uns zum Kampfe zwingen, dann werden sie bitterböse Enttäuschungen kommen ..."

„Sie" haben aber keine große Angst vor Leuten, die immer wieder den „großen Tag" prophezeien, furchtbar drohen und währenddessen die Arbeiterklasse entwaffnen lassen. „Sie" versetzen der Sozialdemokratie einen Fußtritt nach dem anderen und warten darauf, daß der Hund schon angekrochen kommen wird. Aber sie machen ihre Rechnung ohne einen Faktor — ohne den Kampfwillen des österreichischen Proletariats und die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse.

Neuwahlen zum thüringischen Landtag am 8. Dezember

TU. **Weimar**, 29. Oktober. Der Thüringische Landtag nahm am Dienstagabend nach mehrstündiger Aussprache einen sozialdemokratischen Antrag auf befristete Auflösung des Landtages, bei Enthaltung der Kommunisten, die sofortige Auflösung forderten, an. Der Antrag tritt erst am 7. Dezember in Kraft, so daß in der Zwischenzeit noch eine Reihe dringlicher Vorlagen erledigt werden können. Die Neuwahlen finden auf einstimmigen Beschluß am 8. Dezember statt.

„Menschen-Arsenal".
Eine Szene aus dem neuen russischen Film „Menschen-Arsenal", der demnächst uraufgeführt wird. Das Bild stellt eine Revolte in einem amerikanischen Zuchthaus dar.

Die Pelze des Oberbürgermeisters

Böß erneut schwer belastet

Der Buchhalter Max Lehmann hat durch seinen Rechtsanwalt Puppe folgenden Antrag an den Generalstaatsanwalt beim Landgericht I gerichtet:

„Ich beantrage, da die Gebrüder Sklarek jede Einflußnahme auf die von ihrem Buchhalter Lehmann begangenen und eingestandenen Urkundenfälschungen leugnen, zur Illustrierung ihres Verhaltens gegenüber höheren und höchsten Stellen die Vernehmung der Inhaber der Automobilvermietungsinstitute Klütz, Leibnitzstraße 3, und Albert Klein, Ulmenallee 46, zum Beweise dafür, daß verschiedene Stadträte der Stadt Berlin mit Luxusautomobilen große Ausflüge in die weitere Umgebung Berlins unternommen, und daß die Gebrüder Sklarek diese Fahrten bezahlt haben. Weiter beantrage ich die Vernehmung des Oberbürgermeisters Böß und der Frau Böß zum Beweise dafür, daß es sich, entgegen dem amerikanischen Telegramm des Oberbürgermeisters an die Stadt Berlin, nicht um einen Pelz, sondern um zwei Pelze handelt, und daß mindestens für einen dieser Pelze nur etwa der zehnte Teil (zirka 400 Mark) des Betrages gezahlt worden ist, den die Gebrüder Sklarek dafür bezahlt haben (zirka 4000 Mark). Ich bitte, Herrn und Frau Böß die sichergestellten Rechnungen und vor allem das Postbuch, ausweislich dessen ein Pelzmantel an die Adresse der Frau Böß nach Bad Gastein im vorigen Jahre abgesandt worden ist, vorzulegen."

Infolge dieses Antrages des Verteidigers von Max Lehmann wird sich der Bürgermeister Scholz als stellvertretender Oberbürgermeister in den nächsten Tagen nach Bremerhaven begeben, um Böß persönlich über den Stand der Sklarek-Affäre Bericht zu erstatten.

Gleichzeitig dürfte Scholz dem Berliner Oberbürgermeister Verhaltungsmaßregeln vorschlagen, damit sich das Oberhaupt der Stadt Berlin aus der für ihn so peinlichen Angelegenheit herauswinden kann. (Bemerkung der Redaktion: Vergleiche hierzu den ersten Bericht des Sklarek-Untersuchungsausschusses im Preußischen Landtage.)

*

Gestern hat in Berlin der Sklarek-Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz des Genossen Abgeordneten Schwenk seine Tätigkeit aufgenommen und tief in den sozialdemokratischen Sumpf hineingeleuchtet. Es kam mehrfach zu Zusammenstößen zwischen unseren Genossen und den sozialdemokratischen Sklarek-Freunden. Wir werden morgen einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen veröffentlichen.

Der Heimwehraufmarsch in Wien

Wien, 27. Oktober.

Trotz des Aufmarschverbots des sozialdemokratischen Wiener Landeshauptmanns Seitz sind heute die Heimwehren zu ihrer Wimpelweihe auf dem Heldenplatz in geschlossenen Gruppen über die Ringstraße aufmarschiert. Am Aufmarsche beteiligten sich etwa 8000 bis 9000 uniformierte Heimwehrleute. Auch der Abmarsch ging derart vor sich, daß die einzelnen Verbände geschlossen zu ihren Sammelplätzen zurückkehrten.

Ein Polizeikordon hielt die Straßenmitte für die Faschisten frei. An einigen Stellen protestierten die Arbeiter inmitten der Bourgeoisie, die die Faschisten bejubelte, gegen den Faschismus und gegen den Heimwehraufmarsch mit Zurufen. Fünf Arbeiter wurden deshalb von der Polizei verhaftet.

In den Arbeiterbezirken kam es nachmittags zu einigen Zusammenstößen zwischen uniformierten Faschisten und Arbeitern, wobei die Faschisten verprügelt wurden.

Wie nachträglich festgestellt wurde, belief sich die Anzahl der gestern bei der antifaschistischen Kundgebung auf der Ringstraße verhafteten Arbeiter auf nahezu 200. Die Verhafteten mußten im Laufe der Nacht auf freien Fuß gesetzt werden.

Das Kabinett Daladier gescheitert

Paris, 30. Oktober. Daladier hat das Kabinett, dessen Bildung er übernommen hat, noch nicht zusammenstellen können. Die sozialdemokratische Kammerfraktion hatte mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, die Einladung in die Regierung anzunehmen. Es wurden auch bereits eine Anzahl von sozialdemokratischen Abgeordneten genannt, die als Minister in Frage kommen. So Paul Boncour als Kriegsminister, und der reformistische Gewerkschaftsführer Jouhaux. Die Delegiertentagung der Sozialistischen Partei hat dagegen, unter dem Druck der Massen, mit 1590 gegen 1450 Stimmen die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte selbstverständlich nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen. Der sozialistische Parteisekretär Faure erklärte:

„Die Kombination Daladiers sei selbst nach dem Eintritt der Sozialisten nicht lebensfähig und würde schon am ersten Tage von der Kammer hinweggefegt. Dann aber sei das große Mittel der Regierungsbeteiligung der Sozialisten nutzlos verpufft und die Partei blamiert. Besser sei es, zu warten bis zu den Neuwahlen 1932. Dann werde man sicherlich die Radikalen, die sich jetzt in einer Kombination mit den Mittelparteien abnutzen, leicht in den Sack stecken können."

Die Linksrepublikaner und die Fraktion Loucheur wollen in die Regierung nur dann eintreten, falls die Sozialdemokraten sich an der Regierung nicht beteiligen. Auf jeden Fall wird aus der gegenwärtigen Regierungskrise ein Kabinett hervorgehen, das den Kurs der Unterdrückung der werktätigen Massen verschärft fortführen wird.

Der Verfasser unseres neuen Romans

Michael Scholochow, der Autor unseres neuen Romans „Der stille Don" ist der 24jährige Sohn russischer Bauern, dessen Name vor ungefähr zwei Jahren zum erstenmal in der russischen Literatur auftauchte. Man wurde dort sehr bald auf den begabten jungen Schriftsteller aufmerksam. Scholochow nahm, als erst zwölfjähriger Knabe, aktiv an den Kämpfen der russischen Revolution teil. Er wurde von den weißen Garden aus seinem Heimatdorf verschleppt, es gelang ihm aber, trotz mehrerer Verwundungen, zu entfliehen.

Dieser Autor gehört in die Reihe der russischen Dichter, die, als unmittelbar aus dem Volke hervorgegangen, sich ihre Ursprünglichkeit voll und ganz bewahrt haben, und sich in gesundem Widerspruch zu der müden und blutarmen Kunst des bürgerlichen Westens befinden.

Wir beginnen mit der Veröffentlichung des neuen Romans am 1. November.

Zurückweisung neuer Angriffe auf das Gebiet der Sowjetunion

Chabarowsk, 27. Oktober.

Am 23. Oktober eröffneten chinesische Truppen und russische Weißgardisten frühmorgens bei Schiwejsan ein heftiges Artilleriefeuer auf die in der Sowjetunion gelegene Siedlung Polotschi. Die Geschosse gingen inmitten der Siedlung nieder. Die Grenzposten der Sowjetunion wurden ebenfalls beschossen.

Bei Trechretschje versuchten drei Trupps Weißgardisten die Grenze zu überschreiten, wurden jedoch von den Truppen der Sowjetunion vernichtet.

Genosse Alexander Löwi gestorben

Prag, 29. Oktober. **Wie aus Budapest berichtet wird, ist Genosse Alexander Löwi, der mit den anderen kommunistischen Gefangenen seit fünf Tagen im Hungerstreik stand, gestorben.**

Schiffsunglück

17 Tote

TU. **Neuyork**, 29. Oktober. **Infolge des starken Sturmes ist auf dem Michigansee der Dampfer Wisconsin gesunken. Das Schiff hatte 60 Personen an Bord, von denen 17 ums Leben gekommen sind. Auf die SOS-Rufe der Wisconsin waren Hilfsschiffe herbeigeeilt, die jedoch wegen des hohen Seeganges nur schwer an die Unfallstelle gelangen konnten.**

Flugzeugabsturz ins Meer

TU. **Rom**, 28. Oktober. Wie jetzt einwandfrei feststeht, ist am Sonntag in der Nähe von Spezia ein Verkehrsflugzeug der Linie Indien—London, das am Sonntag in Croydon erwartet wurde, ins Meer gestürzt. An Bord befanden sich sieben Personen. Bisher konnten zwei Leichen geborgen werden.

Sturmschäden an der französischen Mittelmeerküste

Paris, 26. Oktober. Ein orkanartiger Sturm hat die französische Mittelmeerküste heimgesucht und sowohl in Marseille als auch in Toulon großen Schaden angerichtet.

Harakiri in geistiger Umnachtung

Osterrode, 29. Oktober. Auf eine gräßliche Weise hat am Sonnabend der 81jährige Arbeiter Michael Klowski in Hirschberg, Kreis Osterode, Selbstmord verübt. Er stieß sich hinter verschlossenen Türen in seinem eigenen Hause eine Schlachtmesser in den Leib und schlitzte sich damit den Bauch auf, so daß die Eingeweide heraustraten. Diese zerschnitt und zerstückelte er und zerstreute sie in der Stube.

Ein Schlangenmensch erdolcht seine Geliebte. Nach Meldungen aus Oslo hat sich dort ein blutiges Eifersuchtsdrama abgespielt. Bei einem arbeitslosen Zirkuskünstler fand ein Trinkgelage statt, an dem ein Schlangenmensch und dessen Geliebte teilnahmen. Die Geliebte entfernte sich während des Gelages, um nach einigen Stunden mit einem fremden Mann zurückzukehren. Der Schlangenmensch ergriff ein Messer und schlitzte mit einem einzigen Stoß der Frau Brust und Unterleib auf, so daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat.

Selbstmord eines Berliner Bankiers. Der Bankier Max Cunow aus Belin wurde Montag früh mit einem Kopfschuß in seinem Schlafzimmer tot aufgefunden.

Verantwortlich für Politik und Beilagen: Alfred Thomas, Breslau; für Waldenburg und Beilagen: Betrieb und Gewerkschaft Wilhelm Biewald, Breslau; für Oberschlesien Herbert Schulz, Gleiwitz.

Strategie und Taktik der Gemeindearbeiter im Wirtschaftskampfe

Von Georg Ziaja.

Die Gemeindearbeiter rüsten sich in den Betrieben zum Wirtschaftskampfe. Die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen sind untragbar. Der Reichsmanteltarif, sowohl wie die Bezirkstarife sind beispiellose Produkte sozialer Demagogie. Der Achtstundenarbeitstag ist zwar im § 3 in Absatz 1 des Reichsmanteltarifes festgelegt, jedoch schon die anderen Absätze und die §§ 4 und 5 desselben Tarifes geben dem kommunalen Unternehmer alle Möglichkeiten, 10 und 12 Stunden am Tage arbeiten zu lassen. Dementsprechend ist in unzähligen Gemeindebetrieben vom Achtstundentag nichts zu merken. Die Akkordschinderei in den Gas- und Elektrizitätsbetrieben wird mit einem unerhörten Hetztempo betrieben. Die Propagandalosung des gewesenen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes: **„Jeder Gemeindebetrieb ein Musterbetrieb“**, ist von den Gewerkschaftsbürokraten in der übelsten Weise nur zum Fischzug auf Arbeiter für die Zwecke des Reformismus mißbraucht worden. Die Lohntarife, die bezirklich von den reformistischen Gewerkschaftsführern und dem Kommunalarbeitgeberverband festgelegt wurden, drosseln durch geringe Lohnhöhen die Lebenshaltung sowohl, wie durch jahrelange Laufdauer jede Lohnforderung der Gemeindearbeiter.

Es gibt Gemeindearbeiter, die für ihre Schusterei mit 28 Mark die Woche abgefertigt werden, währenddem ihre Parteifreunde, die als Direktoren bzw. Bürgermeister dem Betriebe vorstehen, mit Jahreseinnahmen von 70 000 Mark nicht zufrieden sind.

Diese reformistische Lohn- und Tarifpolitik hat jedoch Zweck und Ziel. Die Gemeinwirtschaft im kapitalistischen Staat ist ein wesentlicher Bestandteil der kapitalistischen Ausbeutung. Bei allen Festlegungen für die Lohn und Arbeitsbedingungen in den Gemeindebetrieben seitens der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaftsbürokraten mit den Kommunalarbeitgeberverbänden, ist richtunggebend nicht etwa das Lebensinteresse der Arbeiterschaft, sondern die „allgemeine Wohlfahrt“. Das sagen die reformistischen Führer Polenske und Genossen ganz offen. Die „allgemeine Wohlfahrt“ im kapitalistischen Staate ist stets der Geldsack der Kapitalisten. Dementsprechend ist auch die Gewerkschaftstaktik der Reformisten in den Gemeindebetrieben eingestellt. In den Satzungen und in dem Programm des „Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“ sagen uns die Sozialfaschisten, was sie eigentlich mit ihrer Lohn- und Tarifpolitik wollen. Die „Förderung der öffentlichen Wirtschaft“, das ist die Generalaufgabe des Sozialfaschismus. Also die Rationalisierung der Gemeindebetriebe durch Entlassungen von Arbeitern, durch Erhöhung der Preistarife für Verkehr, Gas, elektrischen Strom und ähnlicher Gemeindeerzeugnisse, die Senkung des Reallohnes als eine Maßnahme zur Herabsetzung der Gestehungsunkosten, die Steigerung der Arbeitsleistung. Der sozialdemokratische Verkehrsdirektor Brolat forderte laut Bericht des „Vorwärts“, daß die Gemeindearbeiter mehr leisten und auch staatstreu (!) sein müssen. Die Förderung der öffentlichen Wirtschaft ist, mit einem Wort gesagt, die Steigerung der sozialdemokratisch-bürgerlich-kapitalistischen Profitwirtschaft der Gemeinden zum Zwecke von Steuerschenkungen und Subventionen an die Großkapitalisten, zur Bereicherung der besitzenden Klasse. Recht eindeutig wurde dieses bekräftigt in dem Hauptreferat des deutschnationalen Oberbürgermeisters Jarres anläßlich des Preußischen Städtetages im September in Frankfurt a. M. Jarres berichtete:

„Wenn 1925 die Nettoüberschüsse der städtischen Betriebe im Verhältnis zum gesamten kommunalen Zuschußbedarf nur einen Prozentsatz von 8,2 ergeben, so ist im Jahre 1928 bei den Städten mit über 50 000 Einwohnern dieses im Durchschnitt auf 17,8 Prozent gestiegen. Angesichts der finanziellen Not der Städte sind die kommunalen Betriebe ein wesentliches Rückgrat im Haushalt der Gemeinden geworden.“

Dieser Bericht zeigt der Arbeiterklasse, in welchem Ausmaß die Ausbeutung der Gemeindearbeiter, gefördert durch die sozialfaschistische Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Kommunalarbeitern, Arbeitgeberverbänden und durch die „Wirtschaftsdemokratie“, innerhalb von vier Jahren gesteigert worden ist. Wer hat den Nutzen davon? Etwa der Erwerbslose, der Sozial- und Kleinrentner durch Erlaß des Gas-, Strom- oder Wassergeldes oder durch Erhöhung der Unterstützungen unter Berücksichtigung des Existenzminimums? Etwa die proletarischen Mieter durch Ermäßigung der Mieten? Diese Fragen beantwortet die sozialdemokratisch-bürgerliche Gemeindepolitik durch ihre Praxis, die nur die Belastung der werktätigen Massen und die Entlastung der besitzenden Klasse kennt. Die verbündete Gewerkschafts- und Gemeindebürokratie hat den Kurs auf eine noch schärfere Ausbeutung der Gemeindearbeiter genommen. Die Lasten des Young-Planes, der Abbau der Erwerbslosenunterstützung, das Steuerprogramm Hilferdings, alle Pläne der deutschen Trustbourgeoisie, die auf den verschärften Raubzug gegen die Arbeiterklasse hinauslaufen, werden die sozialdemokratisch-bürgerliche Gemeinde, als das Vollzugsorgan, in eine noch schärfere Frontstellung gegen die Gemeindearbeiter- und Angestelltenschaft rücken. Die willfährige verbündete Gewerkschafts- und Gemeindebürokratie trifft dafür alle notwendigen Vorbereitungen. **Der Reichsmanteltarif der Gemeindearbeiter ist auf weitere zwei Jahre verlängert worden. Vor dem 1. April 1930 lehnt es die Bürokratie ab, über Lohnerhöhungen auch nur zu verhandeln.** Um der Gemeindearbeiterschaft jede Hoffnung auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu nehmen, unterstreicht die Gewerkschaftsbürokratie recht eifrig die vom reichsstatistischen Amt veröffentlichten **Gemeindeschulden von 5700 Millionen Goldmark.** Daß aber diese Beträge von dem Finanzsumpf der bürgerlichen Gemeinde verschlungen sind, das verschweigt die Bürokratie geflissentlich.

Die Gemeindearbeiter haben das verbrecherische Spiel der Sozialfaschisten durchschaut. In Königsberg, in Berlin und an andern Orten greifen die Gemeindearbeiter zur Selbsthilfe. Die Gemeindearbeiterschaft hat erkannt, daß mit der bisherigen reformistischen Gewerkschaftspolitik gebrochen werden muß.

Eine neue Wendung in der Strategie und in der Taktik im Wirtschaftskampfe ist notwendig.

Die Forderungen der Gemeindearbeiter und -angestellten dürfen nicht mehr Unterhaltungsgegenstand der Gewerkschafts- und der Gemeindebürokratie in geheimen Konferenzkammern sein. Währenddem die Sozialfaschisten die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens, den sie durch das Streikverbot sichern möchten, die Erhaltung der Kommunalarbeitgeberverbände und des sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparates als das oberste Gesetz ihrer Gewerkschaftspolitik verteidigen, stellt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und mit ihr die breiten Massen der Gemeindearbeiter das Interesse der Arbeiterklasse in den Vordergrund des täglichen Kampfes. Die Gemeindearbeiter und -angestelltenschaft stellt ihre Forderungen direkt an das Gemeindeparlament, wobei natürlich die kommunistischen Mitglieder der Kommunalparlamente die berufenen Vertreter dieser Forderungen sind. Selbstverständlich müssen solche Forderungen Gemeingut der betreffenden Belegschaften sein und deshalb auch in einer dazu anberaumten Versammlung beschlossen werden. **Ueber die Forderungen der Gemeindearbeiter muß in öffentlicher Gemeindeversammlung verhandelt werden, und zwar mit einer zu diesem Zweck von den Gemeindearbeitern gewählten Betriebsvertretung.** Das Gemeindeparlament ist jene Körperschaft, die über Einnahmen und Ausgaben der Gemeindebetriebe im Rahmen des Haushaltsplanes befindet. Die Gemeindearbeiter müssen in den Betrieben bestimmte Voraussetzungen für die bessere Durchführung ihrer Kämpfe schaffen.

Keine Betriebsbelegschaft ohne revolutionären Vertrauensmann. Jeder Gemeindebetrieb muß über eine revolutionäre Betriebszeitung verfügen.

Die Gemeindearbeiterschaft muß ihre Betriebe vom Faschismus in allen Formen reinigen. Der revolutionäre Betriebsvertrauensmännerkörper muß unter der Führung des revolutionären Betriebsrates bzw. der revolutionären Gewerkschaftsopposition stehen. Nach Annahme der Forderungen gilt es, in jedem Gemeindebetriebe eine Betriebskampfleitung zu wählen. Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition muß sich die Kampfbewegung lebhaft gestalten. Die Kampfbewegung, die jetzt um 20 Pfg. Lohnerhöhung je Stunde und um den Siebenstundentag bzw. die 40-Stunden-Arbeitswoche geführt wird, stößt auf den schärfsten Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie. In den Mitgliederversammlungen der Gemeindearbeitergewerkschaften gilt es, die Arbeiterschaft aufs äußerste mobil zu machen gegen den Willen der Sozialfaschisten, damit die engste Verbindung zwischen den Gewerkschaftsmaßnahmen und den Gemeindebetrieben hergestellt und dieser Wirtschaftskampf unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition erfolgreich gestaltet wird.

Unser Wahlerfolg in Halle

⅔-Majorität im Konsumverein — Zähe Kleinarbeit führt zum Ziel

Die Vertreterwahlen im Konsumverein Halle brachten der kommunistischen Liste einen gewaltigen Sieg. Die Liste der KPD. erhielt 4371 Stimmen (im Jahre 1928 2986). Die Liste der SPD. erhielt 1228 Stimmen (im Jahre 1928 765). Die Sozialdemokraten erhielten 463 Stimmen, wir Kommunisten dagegen 1385 Stimmen mehr als im Vorjahre. Damit hat die SPD. nicht einmal soviel Stimmen insgesamt erhalten, wie wir an Stimmenzuwachs haben. Wir haben fast vier Fünftel Mehrheit.

Insgesamt sind 181 Vertreter gewählt worden, davon erhält die KPD. 142, die SPD. 39.

Die Konsumgenossenschaftswahlen in Halle endeten also mit einem überwältigenden Sieg der Liste der Kommunistischen Partei. Die sozialdemokratischen Bonzen in Halle haben sich alle Mühe gegeben, den Einfluß der Kommunistischen Partei in dem Konsumverein zu brechen. Mit den schmutzigsten Verleumdungen wurde in der Presse, in Flugblättern, in Gewerkschafts- und in öffentlichen Versammlungen operiert. Doch zäh und beharrlich ging der kommunistische Kleinarbeiter zur Gegenoffensive über und, wie das Ergebnis zeigt, er hat der Partei einen glänzenden Sieg erfochten. Die Lehre dieser Wahl ist also die: Ueberall, wo die Kommunisten von unten auf eine unermüdliche, zähe Aufrüttelungsarbeit betreiben, wo der letzte Funktionär aus innerer Ueberzeugung von der Richtigkeit der politischen Linie der Partei und der Notwendigkeit ihrer konsequenten Anwendung in den Massenorganisationen, Kommunen, Genossenschaften usw. seine Agitationsarbeit mit Begeisterung leistet, können gewaltige Erfolge nicht ausbleiben.

Von der zähen Kleinarbeit aller Genossen wird auch das Resultat der **Werbewoche für die Kommunistische Partei und ihrer Presse** und der Erfolg der Arbeit bei den Kommunalwahlen am 17. November abhängen. Unsere Werbekampagne muß im Zeichen dieser Kleinarbeit, die in Halle einen gewaltigen Erfolg erzielt hat, stehen.

Werbt am kommenden Sonntag in Schlesien und Oberschlesien für Partei und Presse

Es wird überall gewählt . . .

zum Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition

Wie wir bereits berichteten, haben schon zahlreiche Betriebe Delegierte für den Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition gewählt, der am 30. November und 1. Dezember in Berlin tagt.

In Remscheid fand eine **Betriebsdelegiertenkonferenz** statt. Außer zahlreichen kleineren Betrieben waren 13 der bedeutendsten Betriebe aus Remscheid, Lennep und Wermelskirchen vertreten. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, alle Kräfte einzusetzen, um die Reichskonferenz möglichst zahlreich zu beschicken. Ferner wurde beschlossen, **revolutionäre Vertrauensleute** zu wählen, und in jedem Betriebe eine **zwischentarifliche Lohnforderung von 20 Pfennig pro Stunde** zu stellen. Zum Schluß wendete sich die Konferenz an alle Arbeiter zur Unterstützung der KPD. im Wahlkampf.

Eine Versammlung der **Duisburger Hafenarbeiter** wählte einen oppositionellen Betriebsratsdelegierten zur Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Der reformistische Bonze erntete in der Versammlung nur Hohn.

Die **Zeche Zollverein 4—5—11 in Katernberg** sammelte bisher 158,90 Mark für den Reichskongreß und wird zwei Delegierte entsenden. Die **Castellengogrube in Oberschlesien** wählte einen Delegierten.

Die Opposition der **Berliner Holzarbeiter** hatte eine öffentliche Versammlung einberufen, in der in einer Resolution alle Anwesenden verpflichtet wurden, in den Betrieben eine Kampagne zur Wahl und Finanzierung von Delegierten zum Reichskongreß zu führen.

Die Mitgliederversammlung des **Zentralverbandes der Angestellten in Limbach** wählte einstimmig eine Kollegin als Delegierte zum Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Berlin. Ferner übermittelte die Versammlung aus der Lokalkasse den streikenden Textilarbeitern 200 Mark. Eine **Zahlstellenversammlung des Fabrikarbeiterverbandes** wählte trotz des Widerstandes der Reformisten mit großer Mehrheit einen Delegierten zum Reichskongreß.

Eine Belegschaftsversammlung der **Schachtanlage Gottfried Wilhelm in Essen** beschloß fast einstimmig, einen Delegierten zu wählen. Ebenso gegen nur zwei Stimmen eine Belegschaftsversammlung der **Zeche Verein Welheim in Bottrop.** Ferner beschloß die Zeche die Schaffung eines revolutionären Vertrauensmännerkörpers.

In der **Versammlung der graphischen Arbeiter,** die am Sonntag gegen die Ausschlüsse von vier oppositionellen Buchdruckern in Kliems Festsälen protestierte, wurden **sechs Delegierte** zum Reichskongreß gewählt.

Korruptionssumpf bei der Oberpostdirektion

Nach der Entdeckung des Korruptionssumpfes bei dem Berliner Magistrat ist man jetzt einem neuen Bestechungsskandal bei der Reichpost auf die Spur gekommen. Leitende Beamte der Oberpostdirektion, Oberpostinspektoren, Prokuristen und Direktoren stehen in dem dringenden Verdacht, bei der Vergebung von Aufträgen, die die Post durch private Hoch- und Tiefbaufirmen ausführen ließ, die Aufträge nur solchen Firmen vergeben zu haben, die ihnen größere Geldzuwendungen dafür zukommen ließen. Der Oberpostinspektor Alfred Stiebitz, ein leitender Beamter der „Stellen für Telegraphen- und Fernsprechbau“ in der Oberpostdirektion, ist gestern verhaftet worden und hat bereits das Geständnis abgelegt, monatlich etwa 1000 Mark Bestechungsgelder erhalten zu haben. Mit der Festnahme weiterer höherer Beamten, Prokuristen und Direktoren aus der Oberpostdirektion wird gerechnet.

Es handelt sich in der Hauptsache um Aufträge für Verlegung von Kabeln. Es wurden hierbei merkwürdigerweise Firmen bevorzugt, die außerordentlich **hohe** Angebote für die Durchführung der Arbeiten gemacht hatten und trotzdem die Aufträge erhielten. Es ist bereits festgestellt, daß auch noch andere höhere Beamte der Oberpostdirektion beteiligt sind.

Einen kleinen Postbeamten, der sich seinerzeit 4,20 Mark aus der Kasse vorübergehend genommen hatte, hat man erbarmungslos auf die Straße geworfen, um ein „Exempel“ zu statuieren. Schärfste Maßnahmen trafen eine Postbeamtin, weil sie einen verheirateten „Freund“ gehabt hat, was gegen die vorschriftsmäßige Behördenmoral verstieß. Aber zu der gleichen Zeit machen dieselben leitenden Direktoren, die auf den unteren Beamten herumtrampeln und sich heuchlerisch als Hüter der Moral gebärden, **Millionenbetrügereien und -schiebungen.**

Städt. Sparkasse zu Breslau

Nr. 7 **Der Erwerbslose** 1929

Die Organisierung der Erwerbslosenbewegung

Von Heinz Evers

Jede Massenbewegung schafft sich organisatorische Formen, die zur Durchführung ihrer Aufgaben alle vorhandenen Einzelkräfte zusammenfassen. Je einheitlicher die Zusammenfassung, je geschlossener das Auftreten ist, je größer wird auch die Stoßkraft sein und Aussicht auf Erfolge bieten.

Die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland hat wiederholt solche Bewegungen hervorgerufen, in denen eine lebendige Aktivität entfaltet wurde. Es sei hier nur an die Abwehrmaßnahmen der Arbeitslosen bei der Einführung der Pflichtarbeit (1923), bei den Auswirkungen der Rationalisierung 1926 und bei der Durchführung der Sonderfürsorge für Saisonarbeiter sowie die Folgen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im letzten Winter erinnert. Die Organe der Bewegungen waren die aus den Reihen der Erwerbslosen gewählten Erwerbslosenausschüsse.

Dem Anstieg dieser Bewegungen folgte jedoch regelmäßig ein Abflauen während der Sommermonate. Zum Teil ist das erklärlich mit der Arbeitsaufnahme der Außenberufe — Land- und Forstwirtschaft, Bau- und Nebenbetriebe — wodurch auch eine bedingte Besserung in anderen Industriezweigen erfolgt.

Hinzu kommt die vielfache Gliederung der Erwerbslosenarmee, Angestellte und Arbeiter aller Berufsschattierungen, Männer und Frauen jeden Alters. Die reaktionäre Sozialgesetzgebung hat verstanden, die Zersplitterung ins Unendliche zu vermehren. Die Klasseneinteilung in der Erwerbslosenversicherung, die vollkommene Willkür in der Krisenfürsorge, daneben die kommunale Unterstützung der nicht bezugsberechtigten oder ausgesteuerten Arbeitslosen, ferner die Notstands-, Fürsorge- und Kurzarbeiter und schließlich die Hunderttausenden, die keinerlei Unterstützung erhalten, beweisen das treffend. Die Erfassung aller dieser Schichten durch die Erwerbslosenausschüsse war äußerst schwierig. Aber immerhin, sie wurde zu einem guten Teil durchgeführt. Hierbei hat die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten gute Dienste geleistet. Es gelang nicht nur, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter in die Bewegung hineinzuziehen, sondern sie für die aktive Arbeit in den Erwerbslosenausschüssen, als Delegierte auf Konferenzen zu gewinnen.

Aber so wie die Bewegung allgemein in den Sommermonaten zurückging, löste sich so mancher Erwerbslosenausschuß dadurch auf, daß seine Mitglieder zur Arbeit vermittelt wurden und nun die Fühlung mit den Erwerbslosen verloren. Geeigneter Ersatz war nicht immer gleich zur Stelle, so daß jede Verbindung unter den Erwerbslosen abriß.

Hier liegt einer der wesentlichsten Mängel, der zwar schon früher erkannt, aber leider noch nicht behoben werden konnte. Nämlich darin, daß die Betriebsarbeiter sich wenig oder gar nicht um die Erwerbslosenbewegung kümmerten, keine ständigen Organe vorhanden waren, die dauernd die Arbeit unter den Erwerbslosen verrichteten. Dadurch hatten Arbeitende und Erwerbslose auch keine Möglichkeit, ihre Kämpfe gemeinsam zu führen.

Erst der konzentrische Angriff, den die Trustbourgeoisie auf die Lebenshaltung der Arbeiter in den letzten Monaten mit unerhörter Brutalität vornimmt, hat eine Umwandlung in dem Verhältnis der Arbeitenden zu den Erwerbslosen gebracht.

Die Beteiligung der Betriebsdelegierten auf Konferenzen der Erwerbslosenvertreter, die äußerst starke Beteiligung der Betriebe an den Demonstrationen am 30. September beweisen das. Das zeigt uns, die Betriebsarbeiter verstehen jetzt, sie müssen die Forderungen der Arbeitslosen auf Arbeit und ausreichende Unterstützung eingliedern in die allgemeinen ökonomischen Kämpfe der Arbeiter. Daraus ergibt sich zwangsläufig ein festerer organisatorischer Zusammenschluß:

In die Erwerbslosenausschüsse müssen Betriebsarbeiter ständig hineingewählt werden, um für die Zukunft ein Auseinanderfallen der Ausschüsse zu verhüten.

Zur weiteren Unterstützung der Arbeit, vor allem bei der Stellung von Anträgen in den Kommunen, wird es notwendig sein, in jeden örtlichen Erwerbslosenausschuß einen kommunalen Gemeindevertreter zu delegieren.

Der Aufbau der Ausschüsse muß so erfolgen, daß alle Schichten, Arbeiter, Angestellte, Frauen, Männer und Jugendliche, in ihnen vertreten sind, dazu die Vertreter der für den Ort wichtigsten Betriebsbelegschaften.

An jedem Ort, wo sich ein Arbeitsamt oder eine größere Zweigstelle befindet, muß unbedingt ein Erwerbslosenausschuß geschaffen werden. In kleineren Orten, wo nur Meldestellen bestehen, wird es genügen, einen oder einige Vertrauensleute zu wählen, die dann mit dem nächst gelegenen Ausschuß ständige Verbindung herstellen.

In den großen Industriestädten dagegen muß auf jedem Fachgruppennachweis eine Kommission oder ein Unterausschuß vorhanden sein, die dem Erwerbslosenausschuß des Gesamtortes angeschlossen sind. Dieser Ausbau schafft die Möglichkeit, überall, wo die Erwerbslosen hinkommen — zur Stempelkontrolle, zur Arbeitsvermittlung, zu den Zahlstellen, oder zur kommunalen Wohlfahrtsstelle — mit ihnen in Fühlung zu kommen, um sie für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen.

Die Zusammenfassung der örtlichen Erwerbslosenausschüsse erfolgt durch den Bezirks- resp. Landesausschuß am Sitze der Landesarbeitsämter oder in großen Industriebezirken im Bezirksvorort der Partei.

Örtliche und Bezirksausschüsse arbeiten gemeinsam mit den Betriebsrätеausschüssen unter Leitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Die Bezirks- oder Landeserwerbslosenausschüsse werden vom Reichsausschuß, der seinen Sitz in Berlin hat, zusammengefaßt.

Die Aufgaben der Ausschüsse sind folgende:

a) örtliche:

1. Erwerbslosen in allen ihren Angelegenheiten (Stellung von Unterstützungsanträgen, Schutz gegen Schikanen von seiten der Beamten u. a.) mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Es empfiehlt sich, Sprechstunden einzurichten, wo über alle einschlägigen Fragen Auskunft erteilt wird.

2. Vorbereitung und Durchführung von Versammlungen und Kundgebungen, Anforderung von Referenten bei den Bezirks- oder Landesausschüssen.

3. Verbindung mit dem Bezirks- oder Landesausschuß durch monatliche Berichterstattung über die Zahl der Erwerbslosen, Versammlungsbesucher des örtlichen Ausschusses, seine Zusammensetzung und Arbeit.

4. Verbindung mit der Partei und allen proletarischen Massenorganisationen, den Betriebsräten und revolutionären Vertrauensleuten, Vertreter der Fürsorge- und Notstandsarbeiter, Antikriegskomitees.

b) Bezirksausschüsse:

Unterstützung der örtlichen Ausschüsse, Vermittlung von Referenten, Veranstaltung von Kursen über Rechtsfragen und die Organisierung der Erwerbslosenbewegung, Herausgabe von Erwerbslosenzeitungen. Verbindung mit den Bezirksleitungen der Partei und den proletarischen Massenorganisationen. Zusammenfassung der örtlichen Ausschüsse, Vorbereitung und Durchführung von Konferenzen (in Verbindung mit der Parteileitung), Berichterstattung und Abrechnung an den Reichsausschuß.

c) Reichsausschuß:

Er leitet die gesamte Bewegung. Herausgabe von Referenten- und Informationsmaterial. Bekanntgabe der Gesetze, Verordnungen. Belieferung der Presse mit Artikeln und Notizen, Korrespondenz mit den Landes- und Bezirksausschüssen, Vermittlung von Referenten zu größeren Kundgebungen und Konferenzen, Zusammenstellung und Veröffentlichung der Betriebsberichte, Verbindung mit der Reichstagsfraktion bei Einreichung von Gesetzentwürfen und Anträgen.

Es ist klar, daß die Sozialfaschisten bei unserer Organisierung der Erwerbslosenbewegung ihr übliches Geschrei und Geschimpfe über kommunistische Spaltungsarbeit anstimmen werden. Dazu sagen wir mit aller Deutlichkeit: Wir denken nicht daran, Sonder- und Nebenorganisationen zu den Gewerkschaften zu bilden, im Gegenteil, wir denken gerade, die fünf Millionen Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen für die ökonomischen Bewegungen und Kämpfe der Arbeiterklasse. Wir beschränken uns nicht darauf, sondern wollen auch an die Unorganisierten heran. Insbesondere wollen wir diejenigen erfassen, die auf Grund reaktionärer Statuten nicht in die Gewerkschaften aufgenommen werden, weil sie arbeitslos sind. Und ebenso gehören die wegen oppositioneller Tätigkeit Ausgeschlossenen in unsere Front.

Im übrigen, die Gewerkschaftsführer haben jeder reaktionären Maßnahme der Unternehmer zugestimmt und helfen sie durchführen. Sie haben kein Recht zu schreien, wenn wir die Arbeitermassen zum Kampf sammeln um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der sozialen Einrichtungen. Wir werden dazu die Mittel, Methoden und Organisationsformen herausbilden, die eine Gewähr für die erfolgreiche Durchführung der Arbeiterkämpfe bieten.

An die Erwerbslosen Schlesiens!

Rüstet zur Landeserwerbslosenkonferenz am 3. Dezember

Ungeheuer ist in diesem Jahre die Zahl der Erwerbslosen in Schlesien. Rund 40 000 sind es mehr gegenüber dem Vorjahr.

Neben der durch die Riesen-Erwerbslosigkeit hervorgerufenen Verelendung großer Teile der schlesischen Arbeiterschaft, läuft die Verelendung durch die sozialpolitische Reaktion. Vor wenigen Tagen wurde im Reichstag mit Hilfe der SPD. die Abbaunovelle zum Arbeitslosen-Versicherungsgesetz verabschiedet. Durch dieses Raubgesetz an den Arbeitslosen werden zahlreiche Arbeitslose gänzlich aus der Versicherung ausgeschlossen, anderen wird der Bezug von Unterstützung erheblich erschwert, während den Hunderttausenden von Saisonarbeitern die Unterstützung auf die Sätze der Krisenfürsorge herabgesetzt wird. Hundert Millionen Mark sind es, die auf diese Weise an den Erwerbslosen erspart werden sollen.

Neben diesen Verschlechterungen im Reichsmaßstabe gehen die Hungermaßnahmen der einzelnen Stadt- und Gemeinde-Verwaltungen. Die in früheren Jahren geleisteten Sonderzuweisungen, wie Beihilfen, Brennmaterial- und Lebensmittelscheine für Erwerbslose und andere Hilfsbedürftige, sollen dieses Jahr nicht gegeben werden. Dagegen ist geplant, die Unterstützungssätze für die ausgesteuerten Erwerbslosen abzubauen und dafür Pflichtarbeit in erhöhtem Maße einzuführen.

Erwerbslose! Ihr sollt diesen Winter hungern. So will es das Unternehmertum, und so führt es die sozialdemokratische Koalitionsregierung aus. Gegen diese Absichten muß von den Erwerbslosen entschieden Front gemacht werden. An allen Orten Schlesiens müssen, soweit dies noch nicht geschehen ist, Erwerbslosen-Ausschüsse gebildet werden, die die Vertretung der Erwerbslosen am Ort energisch in die Hand nehmen.

Darüber hinaus müssen die Erwerbslosen-Ausschüsse Schlesiens zusammengefaßt werden im Bezirksmaßstabe. Dies soll geschehen auf der am

8. Dezember in Breslau stattfindenden Landes-Erwerbslosen-Konferenz in Schlesien.

Zu dieser Konferenz müssen in den Erwerbslosenversammlungen Delegierte gewählt werden.

Auf der Konferenz wird Stellung genommen werden zu den von den Erwerbslosen zu ergreifenden Kampfmaßnahmen gegen die weitere Verelendung der Erwerbslosen. Auch werden Beschlüsse gefaßt zur organisatorischen Zusammenfassung der Erwerbslosen, um dem Hungerdiktat der Regierung eine geschlossene Abwehrfront gegenüberzustellen.

Erwerbslose! Es geht um eure Existenz! **Wählt Delegierte** zur Landes-Erwerbslosen-Konferenz!

Landes-Erwerbslosen-Ausschuß für Schlesien.

Rechtliche Lage der „Wohlfahrtsarbeiter"

Nachstehender Artikel ist im Heft 7 der „Proletarischen Sozialpolitik" erschienen. Nachdem wir den ersten Teil des Artikels in der Erwerbslosenausgabe vor acht Tagen abgedruckt haben, veröffentlichen wir heute den Schluß. Die Redaktion.

Auch das Reichsarbeitsgericht hat im Urteil vom 7. 12. 27 ähnlich entschieden, so daß heute wenigstens für die zweite Art der Wohlfahrtsarbeiter die Verpflichtung der Entlohnung nach Tarif bzw. nach Ortsüblichkeit als rechtlich allgemein anerkannt gelten kann.

Trotzdem sind Rechtsübergriffe nach wie vor an der Tagesordnung. Die bürgerliche Wohlfahrtspflege läuft teilweise sehr entschieden Sturm gegen die ergangenen Urteile. Mindestens die erste Kategorie will sie aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit ausdrücklich herausgenommen wissen, natürlich lediglich zu dem Zweck, um alsdann die Masse der Wohlfahrtserwerbslosen in die Kategorie der gegen Arbeitsleistung Unterstützten zu versetzen. Was die sonstigen Rechte aus dem Betriebsrätegesetz und der Verfassung anbelangt, so ergibt sich aus der Anerkennung, daß es sich um ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis handelt, die Geltung derselben von selbst.

Der Wohlfahrtsausschuß des Deutschen Städtetages (Nr. 2) hat denn auch in seiner Sitzung vom 19. 2. 1929 die Stellungnahme des Vereins für öffentliche und private Fürsorge anerkannt, daß die Entlohnung der Fürsorgearbeiter, soweit sie voll beschäftigt sind und reguläre krankenversicherungspflichtige Arbeit leisten, örtlich oder bezirklich generell nach einem der bestehenden Lohntarife geregelt werden sollte. Der Reichsmanteltarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter soll auf keinen Fall unmittelbar Anwendung finden, dagegen soll im Reichsmanteltarif eine Bestimmung aufgenommen werden, **daß die Lohnverhältnisse der Fürsorgearbeiter örtlich oder bezirklich tariflich geregelt werden.** Die jetzigen Zustände, daß zahlreiche Prozesse gegen Städte vor den Arbeitsgerichten schweben, werden als unerträglich bezeichnet, die Städte müßten ihrerseits klar zum Ausdruck bringen, in welchem Rechtsverhältnis die in der Arbeitsfürsorge stehenden Personen sich befänden.

Mit dieser Entschließung sollten die Gemeinden veranlaßt werden, wohl „tarifliche Entlohnung" vorzunehmen, der Ausnahmezustand der Sonderregelung für „Fürsorgearbeiter" aber soll bestehen bleiben. Das ist denn auch inzwischen geschehen. Am 1. März 1929 ist der neue Reichsmanteltarifvertrag für die Gemeindearbeiter und Arbeiter anderer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen in Kraft getreten. Er enthält im § 2 Ziffer 2 folgende Bestimmungen:

Dieser Vertrag gilt ferner nicht für

a) die vorübergehend und nicht voll beschäftigten Arbeiter. Ihre Arbeitsbedingungen werden durch Bezirksvereinbarung geregelt, die auch bestimmt, wer als vorübergehend oder als nicht voll beschäftigt gilt;

b) die beim Dienstantritt erheblich erwerbsbeschränkten Arbeiter, es sei denn, daß die Erwerbsbeschränkung während einer Beschäftigung beim gleichen Arbeitgeber angetreten ist oder es sich um Kriegsbeschädigte handelt;

c) **die Notstandsarbeiter, die Wohlfahrtsarbeiter sowie die auf Grund des § 19 der Fürsorgepflichtordnung vom 13. 2. 1924 in einem privatrechtlichem Arbeitsverhältnis Beschäftigten. Die Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter können unter Ausschluß des Schlichtungsweges bezirklich geregelt werden.**

Gegen diese „tarifliche" Ausnahmeregelung, die an den skandalösen Zuständen nichts ändert, muß ebenfalls auf das entschiedenste protestiert werden. Es muß verlangt werden, daß für Entlohnung und Arbeitsbedingungen die Tarife der Branchen Anwendung finden, in der der Arbeiter beschäftigt wird.

Die „Arbeitsfürsorge" der Wohlfahrtsämter ist heute nichts weiter als eine rigorose Entrechtung von solchen Teilen der Arbeiterklasse, die in der Zeit des niedergehenden Kapitalismus für ständig aus dem Produktionsprozeß herausgeworfen sind. Es handelt sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um Massen, die zur Entlastung der Arbeitslosenversicherung in zunehmendem Maße abgestoßen werden. Sie sollen mit ihren Familien als Opfer auf der Strecke bleiben, damit die Finanzen gerettet werden. Die proletarischen Gemeindevertreter müssen es daher als eine der gegenwärtig wichtigsten Aufgaben ansehen, sich auf das entschiedenste für die Interessen der „Wohlfahrtsarbeiter" einzusetzen und sich um die „Bezirksvereinbarungen" kümmern.

Fragekasten

Anfrage F., Königszelt. Hausangestellte sind nicht von der Versicherungspflicht befreit. Der unterschriebene Vertrag ist nicht gültig, da er den Bestimmungen zuwiderläuft. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Beiträge nachzuzahlen. Die Hausangestellte hat Anspruch auf Unterstützung.

Siebenstundentag auf den Eisenbahnen der Sowjetunion

Moskau, 28. Oktober. Im laufenden Jahre führen in der Sowjetunion vier große Eisenbahnen den Siebenstundentag ein. Die Umstellung der übrigen Eisenbahnen wird am Anfange des nächsten Jahres in Angriff genommen und um die Wende des Jahrfünfts vollendet werden.

Erweiterung der Baustofferzeugung in der Sowjetunion

Moskau, 28. Oktober. Die Baustofferzeugung wird gegenüber den Voranschlägen des ursprünglichen Planes wesentlich erweitert. Für die Baustoffindustrie sind Zuwendungen in der Höhe von 275 Millionen Rubel gegenüber den ursprünglich veranschlagten 180 Millionen Rubel vorgesehen.

Breslau

Siegfried Rädel-Dresden

Mitglied des Sozialpolit. Ausschusses des Reichstages spricht über

Arbeiterschaft, Sozialpolitik, Kommunalwahlen

morgen, Donnerstag, 31. Oktober, 20 Uhr, im „Bergkeller", Kletschkaustraße Nr. 33

Zahlreicher Besuch wird erwartet

Wegen Arbeitslosigkeit den Tod gesucht

Gestern Dienstag, gegen 21 Uhr, stürzte sich die Ehefrau des Arbeiters Gottwald, Leuthenstraße 27 wohnend, aus einem Fenster der vierten Etage in den Hof, wo sie schwer verletzt von Hausbewohnern vorgefunden wurde. Die Veranlassung zu dieser Tat ist, daß der Ehemann schon seit Jahren arbeitslos ist. Die bewußtlose Schwerverletzte wurde zwar noch lebend nach dem Allerheiligen-Hospital gebracht, doch ist keine Hoffnung vorhanden, daß sie am Leben bleibt.

Schulhaus-Hauszinssteuer bekommt der Hauswirt!

Eine tolle Entscheidung des Reichsgerichts

In Breslau haben wir den Zustand, daß einige Schulen immer noch in Privathäusern untergebracht sind. Für den auf sie entfallenden Teil des Mietenaufkommens der betreffenden Häuser braucht keine Hauszinssteuer bezahlt werden. Als selbstverständlich wurde nun bisher angenommen, daß der Hauszinssteuerbetrag von der Miete abgezogen und von der Schulverwaltung einbehalten werden dürfe. Diesem logischen Schluß ist aber neuerdings eine Entscheidung des Reichsgerichts entgegengesetzt worden, die erklärt, den „eingesparten" Hauszinssteueranteil bekomme nicht die Schulverwaltung, sondern der Besitzer des Hauses, in dem sich eine Schule befindet. Das heißt also, daß zu den Mieten — die für Schulräume in der Regel noch höher sind als für gewöhnliche Wohnräume —, der Hauspascha noch Tausende von Mark als Hauszinssteuergeschenk in den Rachen geworfen bekommt.

Ein toller Skandal! Die kommunistischen Stadtverordneten werden Gelegenheit nehmen, diese unerhörte Verschleuderung von Geldern, die von der breiten Masse aufgebracht sind, in der morgigen Stadtverordnetensitzung gehörig anzuprangern, da eine Magistratsvorlage entsprechend dem Reichsgerichtsbescheid einige tausend Mark anfordert, die in der oben gekennzeichneten Weise in die schon prallen Taschen der Hausbesitzer wandern sollen.

Die neue Schwurgerichtstagung

Der Beginn der nächsten Schwurgerichtstagung ist für den 4. November, um 9 Uhr, festgesetzt worden. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Dr. Steffen; Vertreter ist Landgerichtsdirektor Herzog. Als Geschworene sind geladen: Kräutereibesitzer Rättig (Breslau), Fabrikschmied August (Tinz), Regierungsrat Rumler (Breslau), Werkführer Böhm (Dyhernfurth), Stellenbesitzer Gurek (Breslau), Lehrer Bahr (Breslau). Angesetzt ist bisher ein Meineidsprozeß, doch werden voraussichtlich auch die Strafsachen gegen Sunke und Pachali (Mord auf der Zehnerstraße), gegen den Schuhmacher Steinig wegen Ermordung der Frau Penne auf der Weidenstraße, und der Doppelmord auf der Frankfurter Straße (angeklagt der Kellner Breuer, der Freund Vielufs) zur Verhandlung kommen.

Wieder einmal „Landesverrat"

Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts verhandelte gegen den 31 Jahre alten Schriftsteller Artur Bandalowski aus Troppau, dem zur Last gelegt wird, im Mai 1928 Verrat militärischer Geheimnisse begangen zu haben. Der Angeklagte ist Tscheche und befindet sich seit Mai in Untersuchungshaft. Er wurde zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Auch bei der Begründung des Urteils war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Das Programm

der am 8. November im „Schießwerder" stattfindenden Revolutionsfeier bringt u. a. Konzert der Arbeiter-Schalmeienkapelle „Alt-Scheitnig", Auftreten der „Roten Knüppel", Rezitationen von Josef Keim (Vereinigte Theater). Eintrittskarten zu 50 Pfennig, Erwerbslose 25 Pfennig, in der Buchhandlung Feldstraße 50, im Verlag der „Arbeiter-Zeitung", Trebnitzer Straße 50 und bei allen Funktionären der Partei und der befreundeten Organisationen.

Arbeiter des Südens

Heute Mittwoch findet im Stadtteil Süd eine Propaganda- und Werbedemonstration der Arbeiterwehr statt. Wir ersuchen die Arbeiterschaft von Süd, sich zahlreich einzufinden. Außer der Arbeiterwehr beteiligen sich Kommunistische Partei, Jugendverband, Jungspartakus, Rote Hilfe und Roter Frauen- und Mädchenbund. Antreten Puunkt 19 Uhr Teichäcker, Brausebad.

Oeffentliche Jungarbeiterversammlung Ohlauer Tor

Donnerstag 20 Uhr im Lokal Zoublick, Königgrätzer Straße 10, große öffentliche Jugendversammlung aller Jungarbeiter des Ohlauer Tors. Erscheint zahlreich.

Mieter der städtischen Wohnungen

Heraus zur öffentlichen Versammlung Mittwoch, 19,30 Uhr, im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße 21. Thema: „Hinweg mit der geplanten Mietserhöhung, her mit der Mietssenkung!" Freie Aussprache! Stadtverordnete werden dazu eingeladen!

Aetsch! Nach den vorläufigen Berechnungen haben sich im Wahlbezirk Groß-Breslau 17 904 Personen für das Volksbegehren eingetragen.

Ein internationaler Taschendieb gefaßt. Am Dienstag, gegen 13,45 Uhr, wurde auf dem Blücherplatz bei einer Menschenansammlung ein Mann beobachtet, der einer Frau aus der Manteltasche eine Geldbörse nahm. Als er sich beobachtet fühlte, steckte er der Frau die Geldbörse wieder in die Manteltasche. Der Mann wurde festgenommen. Nach den Ermittelungen der Kriminalpolizei handelt es sich um den 21jährigen, staatenlosen, internationalen, reisenden Taschendieb Loch Huttmann, in Krakau geboren.

Tödlicher Straßenunfall. Gestern gegen 16 Uhr überschritt die frühere Lehrerin Elisabeth A., 72 Jahre alt, Augustastraße wohnhaft, in Höhe des Grundstücks Hohenzollernstraße 81 die Straße. In demselben Augenblick kam ein Zug der Straßenbahnlinie 27 in der Richtung Reichspräsidentenplatz gefahren, von dem sie erfaßt und zu Boden geworfen wurde. Dabei erlitt Frau A. einen Schädelbruch, an dem sie bald nach ihrer Einlieferung in das Wenzel-Hancke-Krankenhaus verstarb.

Wasner heißt er! Zu unserem vorgestrigen Bericht über die Sittlichkeitsverbrechen an Arbeiterkindern muß berichtigt werden, daß der Täter nicht Wagner, sondern Wasner heißt.

Arbeitermusikverein „Alt-Scheitnig" tritt geschlossen heute Mittwoch, um 16.30 Uhr, am Bauschulplatz an. Pünktliches Erscheinen Pflicht.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund „Solidarität". Heute Mittwoch 20 Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8.

Schauspielhaus. Friederike verbleibt nur noch bis Freitag auf dem Spielplan. Ab Sonnabend fünftägiges Gastspiel: Margit Suchy von der Berliner Staatsoper, Grete Finkler vom Theater des Westens und Eduard Lichtenstein in der Johann Straußschen Operette „Die Fledermaus". Am Donnerstag, dem 7. November, Premiere von „Marietta" mit Margit Suchy in der Titelrolle und Eduard Lichtenstein als Napoleon.

Rüstet zum zweiten Schlag

Erfahrungen vom ersten Großwerbetag

Der erste Großwerbetag ist vorbei. Es macht sich notwendig, zu den am Sonntag angewandten Werbemethoden etwas zu sagen. Sie hatten vor allem einen Mangel: Sie waren zu wenig auf die Werbung neuer Abonnenten eingestellt. Viele Genossen glaubten, die Hauptsache sei, alle mitgenommenen Zeitungen abzusetzen. Das ist zwar geschehen (in einigen Stadtteilen haben die bestellten Sonderexemplare bei weitem nicht gereicht). Dabei aber ist nicht genügend versucht worden, den Käufer der Zeitung als Abonnenten zu gewinnen.

Das muß an den noch kommenden zwei Großwerbe-Sonntagen nachgeholt werden. Ein Teil der Bevölkerung verlangt direkt nach unserer Zeitung. Es ist oftmals vorgekommen, daß Arbeiter oder Hausfrauen den Werbern sagten: „Ich kaufe die „Arbeiter-Zeitung" jeden Sonntag. Das ist gut so; wir müssen aber verhindern, daß die Betreffenden es damit bewenden lassen, nur jeden Sonntag unsere Zeitung zu lesen. Das ist nicht der Zweck der Wochenausgabe. Durch sie sollte im Gegenteil erreicht werden, daß der Käufer der Wochenausgabe zum ständigen Bezug unserer Zeitung veranlaßt wird. Das müssen die Werber auch den Arbeitern sagen, die glauben, es genüge die Wochenausgabe zu lesen. Nur der wird über alle Zusammenhänge des wirtschaftlichen und politischen Lebens richtig und zuverlässig unterrichtet sein, der täglich die kommunistische Presse liest.

Und nun, Genossen, an die weitere Arbeit. Zwei Großwerbetage, anderthalb Werbewochen, stehen uns noch bevor. Berücksichtigen wir die Erfahrungen vom letzten Sonntag. Gehen wir zuerst zu jenen, die Mitglieder uns befreundeter Organisationen, aber noch nicht Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung" sind; gehen wir dann weiter zu den vielen, die uns Sonntag die „Arbeiter-Zeitung" immer abnehmen und versuchen wir, sie als ständige Bezieher zu gewinnen. Systematik ist überall, besonders aber in der Werbearbeit, gut. Wir müssen sie pflegen, um ein möglichst günstiges Werbeergebnis zu erzielen.

Die Werbearbeit im Ohlauer Tor

Auch der letzte Sonntag brachte in unserer Werbearbeit und Agitation weitere Fortschritte. Neben 400 „Arbeiter-Zeitungen", die umgesetzt werden konnten, wurde eine ganze Anzahl von Broschüren, Tribunale usw. vertrieben, und vier neue Leser für die „Arbeiter-Zeitung" geworben. Neben der Werbung in den Arbeitervierteln konnten noch einige Radfahrertrupps zur Propaganda in vier zum Stadtteil gehörende Landorte geschickt werden. In dieser Woche finden folgende Veranstaltungen in Breslau-Ost statt: Mittwoch: Oeffentliche Wählerversammlung in der „Wratislawia", Mauritiusplatz, Referent Genosse Ernst Wollweber, MdL.; Donnerstag: Oeffentliche Erwerbslosenversammlung bei Zoublick, Königgrätzer Straße 10; Sonnabend: Oeffentliche Versammlungen in Kattern, bei Gürtler, und in Tschechnitz bei Scholz; Sonntag: Landsonntag, Haus- und Hofpropaganda.

Einer der keine Arbeitergroschen braucht

ist der Schleifereibesitzer Max Radwansky, Altbüßerstraße 26. Bei der Hauspropaganda am Sonntag kamen einige Genossen des Stadtteils Zentrum auch in das Haus Altbüßerstraße 26, wo sie von dem Herrn Radwansky mit den Worten empfangen wurden: „Macht, daß Ihr rauskommt!" Natürlich kehrten sich die Genossen an diese liebenswürdige Aufforderung nicht, sondern setzten ihre Zeitungen ruhig weiter ab.

Der Winterfahrplan der Straßenbahn

Ab 1. November tritt im Straßenbahnverkehr der Winterfahrplan in Kraft. Wesentliche Aenderungen gegenüber dem Sommerfahrplan bringt er nicht. Wie alljährlich, sieht der Winterfahrplan eine Späterlegung der Abfahrtszeiten in den Morgenstunden vor, da im allgemeinen die Arbeitszeiten in den Wintermonaten später beginnen. Außerdem treten folgende Aenderungen ein:

Linie 3 verkehrt nur noch bis Gabitzstraße, Ecke Herderstraße. **Linie 4** verkehrt von Morgenau kommend über Mauritiusplatz, Klosterstraße, Feldstraße, im Zuge der Linie 5, also nicht mehr durch die Garvestraße. **Linie 9** verkehrt nur bis Ohlauufer (Postscheckamt) und nicht mehr nachmittags bis Zimpel. **Linie 14** wird bis zur Heinrich-von-Korn-Straße (früher Hundsfelder Chaussee), Ecke Wichelhaus-Allee, verlängert. **Linie 18** wird bis zur Gabitz-, Ecke Kürassierstraße, verlängert. **Linie 22** verkehrt nur noch bis Kürassierstraße. **Linie 24** wird ebenso wie Linie 14 bis zur Wichelhaus-Allee verlängert. **Linie 26** verkehrt auch an Sonntagen nur bis Benderplatz. **Linie 27/28** wird um den südlichen Streckenabschnitt von Höfchenstraße, Ecke Viktoriastraße, Hohenzollernstraße, Kürassierstraße, Gabitzstraße, Augustastraße verkürzt.

Infolge der veränderten Linienführung fallen bei den Linien 3, 4, 9, 22, 27 und 28 die in den bisher befahrenen Streckenteilen liegenden Haltestellen fort. Durch die veränderte Führung der Linie 4 leben die Haltestellen in der Klosterstraße, am Mauritiusplatz, vor dem Postamt 8 und vor der Feldstraße, in Richtung nach dem Ringe wieder auf. Für die Linie 18 werden infolge Verlängerung bis zur Kürassierstraße in der Gabitzstraße, vor der Menzelstraße und vor der Kürassierstraße Haltestellen in beiden Richtungen eingerichtet. Für die Linie 14 und 24 ist die Errichtung von Haltestellen auf der Matthiasstraße vor den Grundstücken 203/205 bzw. 218/220 und nördlich der Hindenburg-Brücke am Anfang des eigenen Bahnkörpers vorgesehen. Für die Straßenbahnlinie 18 ist infolge Ausfalls der Linie 9 nach Zimpel von Betriebsbeginn bis gegen 20 Uhr eine Zugfolge von 7½ Minuten vorgesehen.

Auf der Omnibuslinie 3 zwischen Ofener Straße und Siedlung Groß-Tschansch sind Zwischenfahrten eingeführt worden, so daß die Wagenfolge hier durchschnittlich 10 Minuten beträgt. Die Wagenfolge der zwischen Brockau und Ofener Straße verkehrenden Omnibusse beträgt von etwa 8 Uhr ab 30 Minuten.

Auf der Strecke Wichelhaus-Allee—Hundsfeld wird eine Kraftomnibuslinie eingerichtet. Die Wagenfolge beträgt 45 Minuten. Haltestellen sind in beiden Richtungen vorgesehen.

Heute Mittwoch, Wählerversammlungen

im Saale der Wratislawia, Mauritiusplatz (Referent Genosse Wollweber) und im Gambrinus, Lange Gasse 62, (Referent Genosse August Reimann) Thema: 40 Städtische Beamte bestochen — Mistet den Korruptionsstall aus!

Eintritt frei! Massenbesuch wird erwartet!

Mittelschlesien

Dem Polizeichef der Polizeihund geklaut

Eine amüsante Geschichte hat sich in Münsterberg zugetragen. Dort wurden in einer der letzten Nächte zahlreiche verwegene Einbrüche ausgeführt. U. a. wurde sogar dem Polizeichef, Bürgermeister Dr. Groß, ein scharfer Schäferhund von der Kette weg gestohlen. Die Täter machten ferner auch in der Wohnung des Sparkassendirektors Anlauf und des Fabrikdirektors Schöngart reiche Beute.

Strehlen. Von einem Baum erschlagen. Beim Ausroden eines Chausseebaumes wurde der Arbeiter Dinert von dem stürzenden Baum so unglücklich getroffen, daß ihm die Wirbelsäule zertrümmert wurde und er auf der Stelle tot zusammenbrach.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Du sollst nicht ehebrechen

Nach einem Roman von Emile Zola

Der fidele Bauer

Eine Filmoperette

Jugend verboten!

Erwerbslose und Kleinrentner bis 5.30 Uhr nur 25 Pf

Mit Besucherkreisausweis 50 Pf., ohne 70 Pf.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Emile Zolas berühmtester Roman „Therese Raquin" ist schon vor längerer Zeit verfilmt worden. Dieser Film, der unter dem Schlagwort „Du sollst nicht ehebrechen" herausgebracht wurde, kommt diese Woche zur Vorführung. „Der fidele Bauer" — eine Filmoperette — gelangt als zweiter Film zur Vorführung. Ein Film aus Großmutters Zeiten. Bildnachrichten aus aller Welt vervollständigen das Programm, das Donnerstag und Freitag, um 17 und 20 Uhr, abrollt. Für die Jugend ist es verboten. Die Erwerbslosen haben besondere Vergünstigungen und zahlen für den Einheitsplatz bis 17,30 Uhr nur 25 Pfg. Alles Nähere aus den Inseraten.

Unterbezirksleitungen!

Vor einigen Tagen wurden — ersucht, bestimmte Adressen zu nennen. Das ist bisher noch nicht geschehen, obwohl die Angelegenheit sehr eilt. Wir erinnern dringend!

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau

— **Stadtteil West.** Alle Mitglieder der Partei und Arbeiterwehr sowie anderer befreundeter Organisationen treten am Mittwoch 18.30 Uhr am Striegauer Platz an.

Strehlen. Donnerstag 19.30 Uhr bei Wende kombinierte Versammlung der Partei, Jugend und Roten Hilfe. Erscheinen sämtlicher Genossen ist Pflicht.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau

— Alle Jugendgenossen, die Angestellte sind, kommen Donnerstag um 19.30 Uhr ins Parteisekretariat, Feldstraße 50.

— Alle erwerbslosen Jugendgenossen treffen sich Freitag 17 Uhr bei Melzig, Uferstraße 43. — Alle Berufsschüler im selben Lokal um 19 Uhr. — Alle Jugendgenossen, die Metallarbeiter sind, kommen im selben Lokal um 19.30 Uhr zusammen.

— **Gruppe Scheitnig.** Mittwoch 20 Uhr Heimabend bei Melzig, Uferstraße 43. Erscheinen unbedingt Pflicht. Mitgliedsbücher mitbringen.

Antifaschistische Arbeiterwehren

Breslau

— **West.** Mittwoch 18.30 Uhr Antreten am Striegauer Platz. — Freitag Antreten im „Anglerheim".

— **Nordost.** Mittwoch 18.30 Uhr Antreten am Bauschulplatz.

Jung-Spartakus-Bund.

Breslau

— **Gruppe Nord.** Donnerstag 17 Uhr Gruppenabend in der „Stadt Namslau", Matthiasstraße 212.

— **Gruppe Süd.** Mittwoch 17 Uhr Gruppenabend im „Eisenkönig", Holteistraße.

— **Gruppe Ost.** Mittwoch 18 Uhr Gruppenabend bei Zoublick, Königgrätzer Straße.

Sonstige Organisationen

Breslau.

— **Gruppe sozialistischer Schüler.** Donnerstag 20 Uhr Margaretenschule, Tauentzienstraße 82/84. Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft zur Besprechung des kommunistischen Manifestes. Beginn der Erledigung von Gruppenangelegenheiten 19.30 Uhr.

Freiburg. Metallarbeiterjugend. Mittwoch 19.30 Uhr Jugendversammlung im „Jugendheim", Gasthof „Zur Krone", Metallarbeiterbüro. Wir fordern alle Jugendfreunde auf, pünktlich zu erscheinen.

Strehlen. Verband der Freidenker für Feuerbestattung. Mittwoch 20 Uhr im Lokal „Goldener Stern" Aufklärungsvortrag. Referent: Schlesewabn, Breslau.

Waldenburger Bergland

Wie steht es in deinem Betrieb!

Genosse, du weißt, daß am 30. November und 1. Dezember der Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition stattfinden wird. Delegierte aus allen Teilen Deutschlands werden daran teilnehmen, die Erfahrungen austauschen und Beschlüsse für die Zukunft fassen.

Das Interesse aller Arbeiter erfordert eine gute Beschickung des Reichskongresses. In jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, auf jeder Stempelstelle müssen die Arbeiter und Erwerbslosen über den Zweck des Kongresses aufgeklärt und zur Hilfeleistung bei der Vorbereitung mobilisiert werden.

Wie steht es denn in deinem Betrieb, Genosse?

Sind deine Betriebskollegen über den Kongreß bereits unterrichtet?

Sind sie aufgefordert, einen Delegierten zu wählen?

Sind sie aufgefordert, zu den Delegationskosten beizutragen?

Genosse, sieh zu, daß nichts versäumt wird! Das Interesse des Proletariats erfordert die Herausbildung einer straff organisierten zielklaren revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Kein Tag ohne Grubenunfall

Bei Beendigung der Frühschicht verunglückte auf dem Bahnschacht der Schlepper Hötzel.

Auf dem Neubau der Kokerei Bahnschacht verunglückte der Schlosser Münch. Beim Aufziehen von Bohlen riß das Tau und die Last fiel aus einer Höhe von 17 Metern herab. Schwer verletzt mußte Münch ins Krankenhaus geschafft werden.

Brand in Weißstein

In der im Dachgeschoß liegenden Wohnung des Lehrers Deutscher in der evangelischen Oberschule in Weißstein brach Feuer aus. Die Einrichtung zweier Zimmer und der Dachstuhl wurden ein Raub der Flammen. Von dem ebenfalls großen Wasserschaden wurden auch die Schulräume betroffen.

Schwerer Verkehrsunfall

In Fellhammer wurde der Schlosser Rudolf Wolff aus Friedland von einem Auto überfahren. Mit einer schweren Gehirnerschütterung wurde er ins Knappschaftslazarett eingeliefert.

Jauer

Einbruch. Nachts drangen Einbrecher in den Keller des Fleischermeisters Fichtner in Herrmannsdorf ein. Sie erbeuteten u. a. einen Zentner Fleisch.

Weshalb wollen wir nach der Sowjetunion?

Der Aufruf des Bundes der Freunde der Sowjetunion an die breite proletarische Oeffentlichkeit, anläßlich des 12. Jahrestages der Oktoberrevolution eine neue Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion zu entsenden, hat in den Massen des deutschen Proletariats ein selten starkes Echo gefunden. Dieser Widerhall in den Herzen der Arbeiter kennzeichnet die tiefe Verbundenheit des deutschen Proletariats mit den russischen Arbeitern und Bauern, und beweist zugleich das lebhafte Interesse, welches der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion beim deutschen Proletariat erweckt hat. Die Fülle von Zuschriften, Briefen, Erklärungen und Fragen, mit denen der Bund der Freunde der Sowjetunion seit Erscheinen des erwähnten Aufrufes ununterbrochen bestürmt wird, zeigt am besten, wie wirkungslos die jahrelange wüste Sowjethetze der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse war. Sie zeigt den großen Ernst, mit dem das deutsche Proletariat die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Sowjetunion verfolgt, und zwar nicht nur im Sinne einfacher proletarischer Solidarität, sondern im Interesse des eigenen Kampfes.

Aus sämtlichen Gauen Deutschlands sind Zuschriften von Arbeitern und Arbeiterfrauen, von Vertretern der Gewerkschafts-, Sport- und Kulturorganisationen, von Erwerbslosen und Jugendlichen eingetroffen, Zuschriften, die zusammengefaßt, einen dokumentarischen Wert besitzen.

Ein Bergarbeiter aus Waldenburg erklärt: **„Jahrelang schon hege ich den sehnsüchtigen Wunsch, einmal den sozialistischen Aufbau sowie Land und Leute mit eigenen Augen zu sehen, um die Reise für den Kampf um ein Sowjetdeutschland auszunützen."**

Ein Göttinger Arbeiter teilt mit, daß er großes Interesse habe, „den gewaltigen Aufbau der Sowjetunion zu sehen, und nach Rückkehr den Arbeitern und Bauern das Gesehene mitzuteilen."

Ebenso schreibt ein Arbeiter aus Driesen: „Nicht aus Neugierde, sondern, um hier im schwarzen Osten die uns Fernstehenden zu gewinnen," will ich an der Arbeiterdelegation teilnehmen. Auch aus Treuburg (Ostpreußen) möchte ein Arbeiter sich beteiligen, „da hier im Osten die Reaktion und besonders die SPD. Schmutz und Schund über unseren Arbeiterstaat verbreiten".

Ein Arbeiter aus Freital will an der Arbeiterdelegation teilnehmen, „um unsere proletarisches Vaterland und unsere russischen Brüder zu sehen und kennenzulernen". Ebenso schreibt ein Arbeiter aus Kaiserslautern: „Da ich viel über die Sowjetunion gehört habe, ist es mein sehnlichster Wunsch, einmal das Vaterland aller Werktätigen zu besuchen". Von besonderem Interesse sind die Ausführungen eines 68jährigen alten Landarbeiters, der von Jahre 1887 bis 1914 der Sozialdemokratischen Partei angehörte und heute parteilos ist.

Schon diese wenigen Beispiele mögen genügen, um einen Begriff von dem mächtigen Widerhall des Aufrufes zur Entsendung einer Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion zu geben. Gleichzeitig mit diesen denkwürdigen Zuschriften laufen aus ganz Deutschland Meldungen ein, die zeigen, daß auch die Betriebe, Komitees und verschiedene Organisationen dem Aufruf des Bundes der Freunde der Sowjetunion Folge leisteten, Sammlungen zur Finanzierung der Delegation einleiteten, und Delegierte zur Teilnahme an der Reise wählten. Darüber hinaus haben sich auch sozialdemokratische Arbeiter zur Teilnahme an der Arbeiterdelegation bereit erklärt.

Niederschlesien

Der Wahlkampf hat begonnen

In früheren Jahren hatten es sich die Görlitzer bürgerlichen Parteien nicht nehmen lassen, jede eine Liste aufzustellen. Aber dieses Mal getrauen sich die „stolzen Rechtsparteien" nicht, allein auf den Plan zu treten. Eine Krähe hackt sowieso der anderen das Auge nicht aus, und so denken sie halt, wir gehen besser zusammen. Pack Deutschnationalen, die Volkspartei und die Wirtschaftspartei sich Deutschnationalen, die Volkspartei und die Wirtschaftspartei, sich ihren Wählern vorstellen. Sie nennen es allerdings „Gemeinwohl und Sparsamkeit". Unter diesem Namen gehen die Geldverschwender des alten Stadtparlaments in den Wahlkampf. Gemeinwohl! Wer diese letzten Jahre in dem Görlitzer Stadtparlament die drei Parteien hat arbeiten sehen, der wird bestimmt nicht behaupten können, daß sie sich fürs Gemeinwohl eingesetzt haben. Wann sind diese Leute einmal für das ausgehungerte Proletariat eingetreten? Wann haben sie für die kleine Geschäftswelt etwas übriggehabt? Niemals, immer haben sie alle Lasten dem sonst schon ausgepowerten Volke zugeschanzt. Nun kommt noch die „Sparsamkeit"! Jawohl, gespart hat diese Gesellschaft, wenn es hieß, soziale Ausgaben zu bewilligen. Hier hatten sie den größten Kummer, daß die Stadt Görlitz nicht zuviel ausgibt. Kommt aber der Ehrenvorsitzende des Stahlhelms, Paule Hindenburg, da kann es Geld kosten. Hat irgendeine Arbeiterorganisation eine Tagung in unserem Ort oder muß irgendwo ein Festessen veranstaltet werden, dann ist Geld da! Wo bleibt hier die Sparsamkeit dieser „edeldenkenden Menschen"?

Als Auftakt zum Wahlkampf hatten sie sich Herrn Drewitz verschrieben. Wenn er auch manchen Witz gedreht hat, so muß man doch sagen, etwas schlauer ist er immerhin, als die Herren Pfeiffer und Jung im hiesigen Stadtparlament. Diese Schlaulöde sollen jetzt nicht mehr aufgestellt sein. Herr Pfeiffer wartet jedenfalls auf einen Stadtratsposten. Na, gute Nacht, Lampe, da werden die Magistratssitzungen nicht mehr langweilig; denn wenn Pfeiffer in der Stadtverordnetensitzung sprach, lachte schon alles, wenn der Vorsteher seinen Namen aufrief. Um solche Kanonen ist es wirklich schade. Aber Geduld, es wird sich schon wieder ein Clown finden. Herr Drewitz war allerdings der „große Politiker"! Von Kommunalpolitik hat er fast nichts erwähnt, dafür sprach er aber gegen die „soziale" Gesetzgebung im Reiche. Ja, er forderte sogar noch mehr Verschlechterungen für die Erwerbslosen. Vielleicht tauschen Sie, Herr Drewitz, einmal mit einem Erwerbslosen? Vielleicht wird Ihre große Klappe dann sehr klein werden. Alles, was er sprach, waren Forderungen nach Mehrbelastung der unteren Schichten, und sowas nennt sich „Gemeinwohl"! Mit den einzelnen „Gemeinwohl-Kandidaten" werden wir uns noch näher beschäftigen. In ihrem Wahlaufruf bekämpfen sie zuerst die „marxistische Weltanschauung". An den Arbeitermassen wird es liegen, daß diese Gesellschaft unsere Weltanschauung nicht bekämpfen kann. Heraus, zum Wahlkampf! Drückt diese bürgerliche Gesellschaft an die Wand, daß sie quietscht! Alle haben alles daranzusetzen, die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem Doppelgesicht aus dem Sattel zu heben. Kämpft mit der Kommunistischen Partei, und gebt am 17. November keine Stimme den Parteien, die die Arbeiterschaft immer nur bei den Wahlen ködern, um sie dann wieder abzustoßen. Deshalb wählen alle die Liste der Kommunistischen Partei!

Görlitz

Kombinierte Versammlung

Mittwoch 20 Uhr in den Union-Bierstuben. Alle Mitglieder der Partei, Jugend, Arbeiterwehr und der übrigen befreundeten Organisationen müssen erscheinen.

Uraufführung im Stadttheater

„Das Parfüm meiner Frau" — Lustspiel von Leo Lenz.

Ein Blick in das Leben der sogenannten „besseren" Gesellschaft. Vor allem zeigt das Stück, daß die moralische Seite dieser Gesellschaft auf einem nicht allzu hohen Niveau steht. Bei einem „Seitensprung" beider Ehegatten war das Parfüm der Ehefrau der Verräter und zugleich die ganze Geschichte, um die es sich den ganzen Abend drehte. Gespielt wurde das Stück gut. Der Autor konnte sich gar keine bessere Besetzung der einzelnen Rollen wünschen.

Schwerer Raubüberfall

Zwischen Gasanstalt Hennersdorf und Leopoldshain wurde die auf ihrem Fahrrad des Weges kommende Frau Kindler aus Nieder-Leopoldshain, die in Görlitz Besorgungen gemacht hatte, von einem Manne angefallen und der am Rade hängenden Handtasche beraubt. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen wurde sofort die Verfolgung des Räubers aufgenommen. Es gelang, ihn festzunehmen.

Lauban

Todessturz aus dem fahrenden Zuge. Auf der Bahnstrecke Lichtenau-Nikolausdorf stürzte der Schneider Alfred Frindte aus Küpper aus dem fahrenden Zuge. Er wurde überfahren und erlitt eine schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er nach kurzer Zeit im Laubaner Kreiskrankenhaus verstorben ist.

Rauscha

Erwerbslose Saison- und Betriebsarbeiter!

Am Freitag, 18 Uhr, im Volkshause, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Auswirkung des Erwerbslosengesetzes. Referent Paul Baender, Görlitz. 2. Wahl eines Erwerbslosenausschusses. 3. Verschiedenes und Ortsangelegenheiten. Es wird ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Sagan

Autofahrten auf unsere Kosten

Es wird gerade jetzt vor den Wahlen so viel von „sozialer Gerechtigkeit" gequasselt. Besonders sind es die Regierungsparteien samt ihren Vertretern in Kommune- und Reichsstellen, die viel und gern von „sozialer Gleichberechtigung" faseln. Kommt da ein Prolet und verlangt Gleichberechtigung, dann kommt man auf die Frage der „Sparsamkeit" zu sprechen und redet ihm Himmel und Hölle ein, „man kann nicht mehr weiter" und ähnliches. Das Arbeitsamt ist eine staatliche Anstalt, die „im Rahmen des Volkes" spart, aber auch ausgibt. „Gespart" wird bei den Aermsten der Armen, den Unterstützungsempfängern. Ausgegeben wird bei den Neuanschaffungen (Autos, Mobiliar, hohe Beamtengehälter usw.). Ein Beispiel: In den ersten Tagen der Vorwoche fand in Liegnitz eine Bezirkskonferenz der Schlesischen Arbeitsämter statt. Was konnte man dort feststellen, wie uns Sachbearbeiter mitteilten? Auf der einen Seite sah man die bessergestellte Kaste der Vorsitzenden und „höheren" Beamten sitzen, auf der anderen Seite konnte man die alten, „gewöhnlichen" Sachbearbeiter sehen, abgegrenzt von jenen, die im Auto in Begleitung der „besseren Ehehälfte" nach Liegnitz gekommen waren. Die Sachbearbeiter mußten die Fahrt nach dort per Bahn antreten, und die freien Plätze im Auto wurden durch Frauen ausgefüllt, die auf Kosten der Werktätigen sich die Welt ansahen. Ja, man benutzte die Autos sogar zu Kinofahrten, Einkäufen usw. Die Chauffeure werden zu Stiefelleckerdiensten herangebildet. **Das ist „soziale Gleichberechtigung" und „Sparsamkeit"** jener Leute, die sich als „treue Republikaner" kennzeichnen. Dann ist es kein Wunder, daß man hier die Anschaffung eines zweiten Autos auf Kosten der breiten Masse plant.

Die Erwerbslosenziffer in Sagan fängt an zu steigen. In wenigen Wochen dürfte die Arbeitslosenarmee wieder ihren früheren Höchststand erreicht haben.

IAH. Freitag, 20 Uhr, findet bei Zingel, Baderstraße, eine Mitgliederversammlung der Internationalen Arbeiterhilfe statt. Alle Mitglieder müssen erscheinen und jedes einen Gast mitbringen. Vom Landesausschuß ist Genosse Vogel-Breslau als Referent anwesend.

Die Firma Moos-Löw-Beer rationalisiert weiter. Neue Entlassungen wurden vorgenommen. Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen sollen aufs Pflaster fliegen; ein erheblicher Teil ist bereits entlassen.

Grünberg

Unsere Kandidaten für das Stadtparlament

Für die am 17. November stattfindenden Kommunalwahlen sind für die Liste der Kommunistischen Partei u. a. folgende Kandidaten aufgestellt worden:

1. Karl Laube, Arbeiter; 2. Max Lachmann, Dreher; 3. Fritz Laube, Schlosser; 4. Pauline Jakob, Ehefrau; 5. Otto Möbus, Arbeiter; 6. Paul Laube, Zimmermann; 7. Fritz Müller, Arbeiter; 8. Heinrich Lehman, Arbeiter; 9. Adolf Röschke, Schuhmacher; 10. Albert Kiena, Maler; 11. Karl Schmerl, Arbeiter; 12. Frau Muschinski, Ehefrau; 13. Franz Paschke, Arbeiter; 14. Max Röschke, Arbeiter; 15. Heinrich Schulen, Arbeiter; 16. Julius Wunsch, Arbeiter; 17 Hermann Schulen, Fleischer; 18. Paul Walter, Maurer; 19. Frieda Müller, Ehefrau; 20. Paul Müller, Schlosser; 21. Helmut Zeidler; Arbeiter; 22. Gustav Berndt, Kutscher.

Arbeiter, Werktätige, die Kommunistische Partei ist eure Kampfpartei. Auf ihrer Liste sind nur Arbeiter. Bringt am 17. November durch eure Stimmenabgabe für die Kommunistische Partei eure Bereitschaft zum Ausdruck, unter ihrer Führung für die Verbesserung eurer wirtschaftlichen Lage zu kämpfen.

Liegnitz

Sittlichkeitsverbrechen im Walde

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelte das Liegnitzer Schöffengericht gegen den 22jährigen Artur Blaschnig aus Kuchelberg. Er hatte am 17. September ein auf dem Schulweg von Kuchelberg nach Thiergarten befindliches siebenjähriges Mädchen in den Wald gelockt, indem er ihm sagte, er wolle ihm ein totes Reh zeigen. Hier hatte er unzüchtige Handlungen an dem Kinde vorgenommen. Das Gericht erkannte auf acht Monate Gefängnis. Nach Verbüßung von vier Monaten soll er Bewährungsfrist erhalten.

In die Bahnschranken gefahren

Ein Liegnitzer Kaufmann fuhr Montag nacht mit seinem Personenkraftwagen in die heruntergelassenen Schranken beim Bahnübergang in der Haynauer Straße, als eben der von Goldberg kommende Personenzug vorüberfuhr. Der Zug wurde zum Halten gebracht. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Schranken sollen in der Dunkelheit schlecht zu erkennen gewesen sein.

Schwerer Raubüberfall. Abends befand sich der mit Blumen in den Lokalen handelnde Invalide Richard Müller auf dem Heimweg zu seiner Wohnung. In der Nähe des Fliegerhorstes wurde er plötzlich von zwei Männern überfallen. Sie schlugen den Invaliden nieder und beraubten ihn des Geldes, das er an dem Abend beim Blumenverkauf eingenommen hatte. Sodann entkamen sie unerkannt im Dunkeln.

Aus dem Riesengebirge

Das Gebirge im Schnee

Nachdem es in den letzten Tage kräftig geschneit hat, bieten der Gebirgskamm und die Bauden bereits ein recht winterliches Bild.

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Genosse sucht
Leerzimmer mit Küche
Angebote an die Arb.-Zeitung

Aug. Maiwald & Söhne
Möbelmagazin
Waldenburg, Kirchstr. 6a

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300
Mittwoch, den 30. 10. nachm. 4 Uhr
Rotkäppchen
Kindermärchen mit Gesang u. Tanz
8 Uhr
Letzte 3 Aufführungen
Friederike
Ab Sonnabend, 2. 11.
5 Gastspiele 5
Margit Suchy von der Staatsoper Berlin
Grete Finkler vom Theater des Westens
und Eduard Lichtenstein in
Die Fledermaus
Johann Strauß' Meisteroperette

Oberschlesien

Gleiwitzer Sklarekskandal

Das Polizeipräsidium kann nicht antworten — Der Skandalsumpf bei der Stadt — Riesenunterschlagungen dringen ans Licht

In der vorigen Woche berichteten wir über einen Skandal a la Sklarek beim Gleiwitzer Polizeipräsidium. Auch eine Wochenzeitung ging auf den Fall ein, versprach zwar, noch mehr zu bringen, blieb aber stumm. Das mag daran gelegen haben, daß das Polizeipräsidium am gleichen Tage, an dem wir unseren Bericht brachten, ein Dementi auf den Bericht der Wochenzeitung herausgab. Wir konnten jedoch neue Momente bringen, auf die das Polizeipräsidium bis heute noch nicht antworten konnte.

Auf unsere ersten Veröffentlichungen hin wird wohl das Polizeipräsidium überhaupt nichts antworten können. Mittlerweile tauchen neue Belastungszeugen auf. So hat z. B. die Vereinigung ehemaliger Schutzpolizeibeamten in einer Gleiwitzer Zeitung zu dem Korruptionsskandal ein Eingesandt veröffentlicht. Dieses Eingesandt bezweifelt erstens einmal die Richtigkeit des Dementis und führt auch einen konkreten Fall dieser Geschichte an. Es lohnt sich, dieses Eingesandt ganz zu veröffentlichen:

Vergebung von Lieferungen für das Polizeipräsidium

Die Vereinigung bezweifelt, daß die jeweiligen Lieferungen durch Beschluß einer Kommission vergeben werden und führt dazu an: Ein Regimentsfreund eines Obersekretärs dieser Behörde, Kaufmann A., hat auffallend bereits jahrelang die Belieferung der hiesigen Polizeiküchen inne, ebenso andere Gewerbetreibende. Verschiedene ehemalige Schutzpolizeibeamte, die jahrelang dem Staate treue Dienste leisteten, die oberschlesische Heimat retten und nach ihrem Ausscheiden ein Gewerbe betreiben, sind oft mit der Bitte an das Polizeipräsidium herangetreten, man möge ihnen einige Lieferungen übertragen, damit sie nicht ganz und gar infolge Geschäftsunkenntnis durch jahrelange Dienstzeit in ihrem jungen Beruf zugrunde gehen. Sogar die Vereinigung setzte sich bei den höchsten Behörden dafür ein und führte einzelne Beweise der ungerechten Lieferungsvergebung an. Der Polizeipräsident hat uns die Lieferungen auch zugesagt, indem er die einzelnen Wirtschaftsstellen angewiesen hat, die ehemaligen Polizeibeamten die Vergebung von Lieferungen zu berücksichtigen. Einzelne ehemalige Beamte, jetzige Kaufleute, haben sich auf Grund dieses Antwortschreibens um Lieferungen bereits vor Wochen beworben. Leider aber finden es die zuständigen Wirtschaftsstellen nicht für nötig, weder diese zu berücksichtigen, noch denen einen Bescheid zukommen zu lassen. Wo bleibt die versprochene Unterstützung, die den ausscheidenden Beamten zugesichert wird, ist dies der Dank für die Aufopferung während der Besatzungszeit und der polnischen Internierungen? Abhilfe derartiger Zustände und ein wenig Sozialität wären angebracht.

Vereinigung ehemaliger Schutzpolizeibeamten.

Wir entnehmen aus diesem Eingesandt, daß ganz offen Schiebungen dem Präsidium vorgeworfen werden, an denen wir nicht zweifeln. Eines setzt uns aber in Erstaunen.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Beck hat den ehemaligen Schutzpolizisten Lieferungen zugesagt, aber dieses Versprechen nicht gehalten. Warum hielt er sein Versprechen nicht? Die Macht dazu hatte er doch! Sollte Herrn Beck etwa durch Mitbeteiligung die Macht aus den Händen genommen sein?

Vielleicht äußert sich einmal Herr Beck oder das Polizeipräsidium hierzu. Die Oeffentlichkeit hat ein Recht auf volle Klarheit, die wir im Laufe der Zeit selbst noch schaffen werden, weil absolut kein Vertrauen mehr zu den zuständigen Stellen vorhanden ist.

Zu dem Skandal haben wir jetzt noch herausbekommen, daß bestimmt nicht nur der Beamte P. der Schuldige ist. Auch gegen einen Beamten A. ist jetzt die Untersuchung eingeleitet. Bei diesen beiden wird es aber unserer Ansicht nach nicht bleiben können. Nicht nur ein Korrumpierter ist in dem Skandal bei dem Gleiwitzer Polizeipräsidium zu sehen, sondern ein ganzer Korruptionsstall. Und mit dem muß aufgeräumt werden.

Dem angekündigten Sklarek-Skandal bei der Gleiwitzer Stadtverwaltung sind wir inzwischen auf die Spur gekommen. Noch in dieser Woche beginnen wir mit unseren Enthüllungen.

Gleiwitz

Beck hat nur Gesetze gegen die KPD.

Wie schon oft, hat der Sozialfaschist Beck auch vorige Woche wieder durch seine Garden alle Plakate der KPD. abreißen lassen. Schon oft haben wir dem Beck nachgewiesen, daß er diese Maßnahme, für die angeblich eine verstaubte Verordnung vorliegt, nur gegen Kommunisten anwendet. Plakate der Faschisten und seiner Partei läßt Beck ganz ruhig hängen. Selbst die rote „Polizei"farbe stört ihn dabei nicht. Am Montag erst hat die SPD. polizeirote Plakate für eine Versammlung geklebt. Und siehe da, die Polizei stellte sich sogar als Beschützer vor diese ungesetzliche Handlung auf. Anders kann man, gelinde gesagt, das Kleben der SPD.-Plakate unter den Augen der Polizei nicht verstehen.

Das, Herr Sozialfaschist Beck, zeigt uns nur Ihre Schuftigkeit gegen die KPD. Aber damit werden Sie die Kommunisten nicht klein kriegen. Im Gegenteil, trotz allen sozialfaschistischen Terrors werden die Kommunisten auch noch das Grab für das heutige System graben.

Ein armer Mucker

A. K. In Zernik fand am Sonnabend eine gut besuchte und mit einem vollen Erfolg für die KPD. endende Veranstaltung der „Roten Bergknappen" statt. Als Zaungast schlich sich der Schlosser Konrad Michallik aus der Lokbude, ehemaliges Mitglied des Selbstschutzes, der SPD., und heute strammer Zentrumsmann und Kriegervereinsmitglied, ein. Diesem Kerl stieg der Erfolg, den die KPD. bei dieser Veranstaltung hatte, so in seinen Gehirnschmalz, daß derselbe sauer wurde. In der Gärung produzierte er dann bei der Aufführung des „Konkordats" ein muckerisches „Pfui!". Als er zur Rede gestellt wurde, hatte er nur ein ärmliches Stammeln übrig und verdustete sich darauf.

Eine proletarische Abkühlung hätte in einem solchen Falle nichts geschadet. Wir wissen aber, daß M. ein geistig armer Kerl ist, dem selbst wir vergeben müssen. Hoffentlich bleibt er nächstens mit seiner Dummheit zu Hause.

Die Miete für den Monat November

Die gesetzliche Miete bleibt auf Grund der Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 26. März 1927 für den Monat November gegen den Vormonat Oktober unverändert. Es sind sonach für den Monat November 1929 zu erheben: 116 Prozent der Friedensmiete, sofern der Mieter die Schönheitsreparaturen ausführt, 120 Prozent der Friedensmiete, sofern der Vermieter die Schönheitsreparaturen ausführt; daneben ist umlagefähig: der 100 v. H. übersteigende Betrag des kommunalen Zuschlages zur Grundvermögensteuer.

Hindenburg

Drei Bergarbeiter verschüttet

Noch lebend, aber schwer verletzt geborgen

Rasend steigen die Unglücksziffern im gesamten Bergbau. Kein Tag ohne Unglück. Der Profit verlangt es so. Mit den steigenden Soll-Leistungen und dem Steigen der Preise mehren sich die Unfälle. Die Hungerlöhne lassen es nicht zu, die durch die ungeheure Ausbeutung verausgabten Körperkräfte wieder voll aufzufrischen. Die Antreiberei im Schacht aber sorgt dafür, daß der ausgemergelte Körper immer noch mehr leistet. Ohne Rücksicht auf das Leben muß geschuftet werden.

Auf der Königin-Luise-Grube wurden drei Hauer infolge des brutalen Ausbeutungssystems von hereinbrechenden Kohlemassen verschüttet. Sofort aufgenommene Rettungsversuche hatten nach harter Arbeit den Erfolg, daß alle drei zwar noch lebend, aber schwer verletzt geborgen werden konnten.

Hätten die Kameraden die Möglichkeit gehabt, vorschriftsmäßig zu arbeiten, konnten ihre Knochen noch ganz sein. So aber sind sie Opfer der profitgierigen Ausbeuter geworden. Tag für Tag geht es so. Den Kameraden wurden wohl Vorträge über das Unfallwesen gehalten, aber die Praxis ist ganz anders. Kameraden, arbeitet nur nach Vorschrift. Schärfster Kampf der Antreiberei und der Ausbeutung durch die Grubenbarone. Erkämpft mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit!

Miechowitz

Sozialfaschist Franz auf Dummenfang

Der sozialfaschistische Bürgermeister Franz aus Hindenburg war am Sonntag zu einer Versammlung als Referent im Saale von Schindler. Die SPD. war der Meinung, nur lauter Dumme in der Versammlung zu haben, bei denen Herr Franz seinen Mist loswerden konnte. Franz „beglückte" die Versammlung mit einer Kommunistenhetze und mußte sich gleich dafür ein paar Zwischenrufe einstecken. Darauf ließ der sozialdemokratische Betriebsrat Wizik die Polizei holen und den Genossen Szudlik aus dem Saale weisen. Mit unserem Genossen verließ gleich ein großer Teil der Anwesenden ebenfalls die Versammlung.

Nun ließ Franz sein Gequassel auf die Uebriggebliebenen los. Nach Beendigung dessen wurde von der Versammlungsleitung zehn Minuten Diskussionsredezeit bewilligt. Ein Jugendgenosse meldete sich zum Schrecken der Sozialfaschisten zum Wort. Gleich bremsten die Helden ab, und erst auf Protest konnte der Jugendgenosse sprechen.

Arbeiter, aus dieser SPD.-Versammlung habt ihr wieder einmal das wahre Gesicht der Sozialfaschisten herausgesehen: Gebt diesen Verrätern am 17. November die Antwort!

Ratibor

Für Arbeitslose der Gummiknüppel

A. K. Am letzten Donnerstag fand auf dem Holzmarkt eine gut besuchte Erwerbslosenversammlung statt. Kollege Bortel, der die Versammlung leitete, gab einen Bericht von der Erwerbslosenkonferenz und zeigte die neuen Verschlechterungen des Versicherungsgesetzes auf. Anschließend sprach Genosse König zum Stand der Verhandlungen über die Winterbeihilfe. Der Magistrat hat angeblich kein Geld für die Erwerbslosen. Bürgermeister Niklasch ging sogar so weit, daß er sagte, die Erwerbslosen hätten sich längst Wintervorräte vom Felde anschaffen können. Das heißt also, daß die Erwerbslosen stehlen sollen, um dann eingesperrt zu werden. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde Beschwerde geführt gegen die Schikanen von seiten des Arbeitsamtes. Darauf beschloß die Versammlung, vor dem Arbeitsamt zu demonstrieren und sofort Abhilfe zu verlangen.

Als der Demonstrationszug am Arbeitsamt ankam und die Vertretung der Erwerbslosen mit dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes verhandeln wollte, lehnte dieser Mensch die Erwerbslosenvertretung ab. Die Demonstranten nahmen auf diese Provokation hin eine drohende Haltung ein. Darauf rief der Arbeitsamtsvorsitzende Dr. Nitsche **das Ueberfallkommando herbei, um die hungernden Erwerbslosen mit dem Gummiknüppel zu beruhigen.**

Dennoch aber mußte sich der Vorsitzende bequemen, den Erwerbslosen eine Zusage zu machen. Die Demonstranten zogen hiernach nach dem Ringe, wo der Zug nach einer kurzen Ansprache aufgelöst wurde.

Neustadt

Weitere Schikanen des Arbeitsamtes gegen „Arbeiterzeitung"-Verkäufer

Wir berichteten in der letzten Erwerbslosenausgabe, wie das Arbeitsamt alle erdenklichen Schikanen anwendet, um den Verkauf der Erwerbslosenausgabe der „A.-Z." zu unterbinden. Um sicher zu gehen, meldete ein Genosse beim Arbeitsamt an, daß er Zeitungen verkaufe. Bei der Auszahlung wollte man dem Genossen für den betreffenden Tag die Unterstützung in Abzug bringen. Der Initiative des Genossen gelang es, daß er nicht übervorteilt wurde. Wenn auch das Arbeitsamt sich an das AVAVG. halten würde, so könnte es doch nicht, auch wenn tatsächlich ein Nebenverdienst erzielt würde, die volle Unterstützung in Abzug bringen, denn der § 112 des AVAVG. besagt, daß 20 Prozent der Unterstützung ohne Abzug zulässig sind. Für das Arbeitsamt Neustadt scheinen besondere Gesetze zu gelten, die dem rachschnaubenden Gehirn eines kommunistenfeindlichen Vorsitzenden entsprungen zu sein scheinen.

Einige Kollegen, die sich beim Verkauf der Zeitungen beteiligen, wurden im Laufe dieser Woche auf das Steueramt geladen, wo sie gefragt wurden, woher die Zeitungen bezogen werden und wie hoch der Verdienst sei. Als die Genossen erklärten, daß sie ehrenamtlich den Verkauf tätigten und daß sie keinerlei Verdienst hätten, war die Sache erledigt. Diese Denunziation dürfte wohl auch auf das Konto des Vorsitzenden Eugels kommen. Seine Schweinereien lassen sich trotz Schikanen und Terror doch nicht vertuschen. Erwerbslose, gebt ihnen die richtige Antwort. Jeder Erwerbslose kaufe sich die Erwerbslosenausgabe der „A.-Z.", die ungeschminkt die Wahrheit bringt.

Kreuzburg

Stahlhelmproleten gehorchen nicht mehr ihren Führern

A. K. Der Graf Wolf Bethusy-Huc berief am Sonntag nach Bankau eine Landarbeiterversammlung ein. Aber, o Schreck, seine Landarbeiter kamen nicht, nur Leute aus dem Dorfe und Lakaien des Grafen. Eine Gruppe Stahlhelmer in Uniform war ebenfalls vorhanden. Als Referent erschien der Stahlhelmkreisleiter Kämpf aus Kreuzburg und lieferte seine Walze für das Volksbegehren herunter. In der Diskussion sprach unser Genosse Abamitz-Büttendorf. Die gewährten fünf Minuten Redezeit reichten natürlich nicht aus, voll und ganz den „Volksbegehr"-Schwindel zu entlarven. Genosse A. sprach darum trotz des Zappelns des Stahlhelmhäuptlings weiter. Was machte der Stahlhelmhäuptling? Er gab den Befehl, daß die Gruppe Stahlhelmer den Genossen A. aus dem Saale schmeißen soll. Aber alle Stahlhelmer blieben ruhig sitzen und führten den Befehl nicht aus. Der Stahlhelmhäuptling wurde käsebleich, und die Versammlung lachte ihn aus. — Na, ein zweites Mal wird sich dieser Held nicht mehr in Bankau sehen lassen, sonst fliegt er, aber bestimmt, raus.

Oppeln

Wahlmanöver des Zentrums — Ordnungsrufe gegen Kommunisten

Die letzte Stadtverordnetenversammlung wurde vom Zentrum zur Wahlpropaganda für die künftigen Stadtverordnetenwahlen benutzt. Von unseren Genossen wurde den schwarzen Brüdern das in jedem Falle vermasselt und nachgewiesen, wie das Zentrum bei all seinen Entscheidungen und Beschlüssen eine ausgesprochene Arbeiterfeindlichkeit an den Tag legt.

Gleich zu Beginn der Sitzung sprach der Zentrumsprolet (!) Lubek zu der für die städtischen Arbeiter bestimmten Ruhelohnordnung, die nicht auf der Tagesordnung stand. Weil es sich um ein vereinbartes und in der Zentrumsfraktion vorher festgelegtes Spiel handelte, wurde, den bisherigen Gepflogenheiten zum Trotz, von dem Zentrumsstadtverordnetenvorsteher Kaluza Lubek entgegen der Geschäftsordnung das Wort erteilt. Genosse Girndt nagelte das sofort fest, da alle kommunistischen Anfragen und Anträge bisher stets ganz am Ende der Tagesordnung behandelt worden sind, und beim Zentrum eine Ausnahme gemacht wurde.

Genosse Libor konnte nachweisen, daß gerade das Zentrum es ist, das bei der Provinzialverwaltung die Ruhelohnordnung seit Monaten verschleppt. Wie das Zentrum in Wirklichkeit über die Versorgung der alten Leute, die im Dienste der Stadt stehen, denkt, konnte man in der sogenannten geheimen Sitzung sehen, wo Lubek vorschlug, einem Arbeiter, der 40 Jahre im Dienste der Stadt gestanden hat, für den Monat ganze 50 Mark freiwillige Unterstützung vorzuschlagen. Die Kommunisten stellten den Antrag, dem Arbeiter mindestens 100 Mark den Monat zu bewilligen. Zentrum und Deutschnationale stimmten gegen den Antrag, und das muß vor der gesamten Arbeiterschaft gebührend gebrandmarkt werden. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Dr. Berger sprach sich ebenfalls gegen den Antrag aus.

Bei einem anderen Punkte der Tagesordnung stellte das Zentrum den Antrag, bei Einziehung der Mieten für die Benützung städtischer Turnhallen und Räume von Jugendpflege treibenden Vereinen möglichst nachsichtig zu verfahren. Die Kommunisten entlarvten das Zentrum sofort, da der Begriff „möglichst nachsichtig" sehr dehnbar ist und nichts Bestimmtes enthält, sondern nur auf die Täuschung der Wähler berechnet ist. Unsere Genossen konnten nachweisen, daß gerade der Zentrumsbürgermeister Scholz rücksichtslos die Gebühren eintreibt und stellten den konkreten Antrag, von Jugendpflege treibenden Vereinen überhaupt keine Miete einzuziehen. Gegen diesen Antrag stimmten alle Parteien, und nur die Kommunisten stimmten dafür. Genosse Paczinsky erhielt dafür, daß er dem Oberbürgermeister in gebührender Form die Wahrheit sagte, zwei Ordnungsrufe, und man drohte sogar, ihn aus der Sitzung zu entfernen.

Große öffentliche Erwerbslosenversammlung

Sonnabend vormittag um 10 Uhr im Saale des alten Schützenhauses spricht der kommunistische Reichstagsabgeordnete Rädel, der im Reichstag die Erwerbslosenfragen behandelt.

Tagesordnung:

1. Die Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung;
2. Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe.

Erwerbslose, erscheint alle zu dieser Versammlung!

Der Erwerbslosenausschuß.

Von den Arbeiter-Samaritern

Am letzten Mittwoch fand die fällige Mitgliederversammlung des ASB. statt. Der Vorstand gab den Bericht über die letzte Sammlung, die Bezirksübung in Neustadt, den Vierteljahresbericht und die nächsten Appelle bekannt. Die Unfallwache hat augenblicklich mit schweren Sorgen zu kämpfen. Die Behörden lassen wenig oder gar keine Unterstützung der Wache zugutekommen, obwohl sie eine Notwendigkeit und für die unbemittelte Bevölkerung unentbehrlich ist. Die Mitglieder opfern schon das Möglichste, und es wäre zu erwarten, daß der ASB. in Zukunft mehr Unterstützung erhält. Einige kleinere Fragen beendeten die Versammlung. — Arbeiter, helft eurer selbstlosen Samariterorganisation! Die Wache ist Tag und Nacht für euch bereit und unter Telephon Nummer 18 jederzeit zu erreichen.

Volksbühne

Anmeldungen zur Volksbühne Oppeln nimmt entgegen: Zigarrenhaus Freund, Oppeln, Krakauer Straße, gerade über Forms Hotel.

Der Vorstand.

Vermißt

wird seit dem 20. Oktober der Feinmechaniker Joachim Gloger, geboren am 21. Januar 1900 in Neisse. Beschreibung: 1,65 Meter groß, Kopfhaar dunkelblond, Scheitel links, ohne Bart, Gesicht bleich, eingefallen. (Blinddarmoperationsnarbe.) Bekleidung: Dunkelblaue Schildmütze, brauner Rock, hellbraune Windjacke, weichen Umlegekragen, bunten Binder, graue Strümpfe. Er trug eine braune Aktentasche bei sich. Zweckdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Sternstraße 18.

Schweidnitz

Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Handarbeiten, Manufaktur
Modewaren und Herren-Artikel
Georg Frauboes
Ring 24 und Breslauer Str. 2
13385

Lose der Preuss. Klassenlotterie und sämtlicher Privat-Lotterien
ständig vorrätig bei
E. Täuber, Staatliche Lotterie-Einnahme
Telephon 882 Bögenstrasse 6 Telephon 882
11373

Kauft Schuhe bei **Gross** Ring 16
11 37

Breslauer Konfektionshaus
Ring
11384

F. Sewalds Molkerei
empfiehlt sämtl. Molkereiprodukte
Wilhelmspl. 7, Ring 8 11452

Autohaus Max Seiler
Automobile, Motor- u. Fahrräder
Langstraße 46 Gartenstraße 16
11449

E. Gallewski Nachf.
Spezialhaus für Geschenkartikel, Glas, Porzellan, Spiel- und Lederwaren
Ring Nr. 27
11376

F. Franzke's Nachflg.
Kolonialw., Vogelfutter, Langstr. 11
Spez. Zigarren, Zigarett., Köppenstr. 14
11447

Herm. Stief, Kaufl. gepr. Optiker
Lieferant sämtlicher Krankenkassen
Langstraße Nr. 3
11446

Karl Brauner, Langstraße 45
Nähmasch., Fahrräder, Reparaturwerkst.
11448

Max Oertel, Büttnerstraße 7
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
11450

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Alfred Tiel, Ecke Lang- und Weite Kirchstr.
11451

Conrad Bischoff, Obere Bolkowstraße 5
Bäckerei und Konditorei
11390

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
F. Kalms, Hochstraße 22
11391

Karl Unruh, Hochstraße 25
Lederwaren / Lederausschnitte
Schuhmacherbedarfsartikel
11392

Billigste Bezugsquelle
für gute Branntweine, Liköre, Weine
B. Mittmann, Burgstraße 8
11377

Pelzwaren / Herrenartikel
bei Herm. Drehkluft
Ring, Ecke Hochstraße Nr. 2
11379

Hamburger Fischhalle
Täglich frische Fische und Räucherwaren
Nur Peterstraße 16/18
11381

Haase-, Kipke-Biere
Biergroßhandlung, Mineralwasser
Arthur Pförtner, Blumenstraße 4
11382

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Binder, Waldenburger Str. 6
11383

W. Tönsmann, Grabenstraße 1
Motorräder, Fahrräder, Grammoph.
Lager von zirka 300 Markenrädern
11386

Hielscher Nachflg., Hohstraße 1
Kolonialwaren / Feinkost
11387

Fritz Feige, Dampfbäckerei
Reichenbacher Straße 13
empfiehlt sein bekannt gutes Kommiß- und Hausbackbrot
11388

Konditorei und Café
Niederthor, Breslauer Straße 4
Inhaber: Max Pechan, Telephon Nr. 855
11389

Hirschberg

Rosa Kluge
Dam.-, Mädch.-, Kinder-Hüte u. -Mützen
Schildauer Straße 16a
11478

Przyrembels Frühstücksstube, Markt 50
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
11180

Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstraße 8
Radio-Spezialhaus
11177

Gustav Hornig, Großdestillation
Drahtzieherstraße 1/2
11179

Albert Ludwig, Markt 60
Weiß-, Wollwaren, Strümpfe
Tabakwaren, Tabakpfeifen
11181

Felix Hartwig
Greiffenberger Straße Nr. 42
Polsterei mit elektrischem Betrieb
Ständiges großes Lager
Reparaturwerkstatt
89990

Buchdruckerei E. Hausdorff
Langstraße 2
11182

Erich Seibt, Bahnhofstraße 65
Inh. O. Jaeckel, Uhrmacher
11183

Berliner Partiewarenhaus
Hirschberg i. Rsgb.
11185

Max Behrendt, Schildauer Straße 13
Das bekannt gute Haus für
Herren- und Knaben-Bekleidung
11186

Karl Sonntag Warmbrunner Str. 16 89933
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren

Reserviert Nr. 8
89938

Vogel- und Futter-Handlung **Böhme**
Tuchlaube 3, Eingang Hausflur. 89989

Strümpfe
Königsberger
Wäsche
89980

Kaufhaus
Pinoff
89984

Bade Dich gesund
im **Hedwigsbad**
Auenstraße 4 b 89939

Gediegen und preiswert
reparieri 89988
Gustav Püschel
Uhrmachermeister, Markt 7

Simon Sachs **Leder**
Größt. Spezialgeschäft f. Schuhmacherbedarfsartikel
Lichte Burgstraße 21 89995

Hut - Strohsich
Markt
Große Auswahl
Niedrige Preise
89935

Lebensmittel aller Art
Erich Gessner
Stampitzer Str. 14
11008

Schuhmacherei
A. Heyduk
Sand 14 89986

Blumenhaus Grun
Poststraße 6 11007
Kranzbinderei

Sämtliche Lebensmittel
H. HENKEL
Sand 19 89987

Herren- und Damen-
Salon Heinze
Lichte Burgstraße 17
89985

MÖBEL-LINKE
Schmiedeberg. Str. 22
Zahlungs-Erleichterung!
1178

Martin Sandmann
Verlosungsgegenstände
Spielwaren / Geschenkart.
Bekannt billige Preise
Bahnhofstraß 29
184

MIFA
Fahrräder
Nähmaschinen
Sprechapparate
Teilzahlung! 89993
Dunkle Burgstr. 2

Franz Gottwald
Dunkle Burgstr. 10
Vornehme Herren- u. Knaben-Bekleidung
Reichhaltiges Stofflager!
Beste Qualität 89994

Paul Scharf
Äußere Burgstraße 20
reinigt
färbt
89991 plissiert

K. Wolfsdorf
Pfortengasse 1
Schuhwaren-Lager
Reparaturen
89941

Tapetenhaus
Marie Müller
nur Boberberg 10-11
89936

Herren- und Knaben-Bekleidung
E. Ordinans
Hellerstraße 17
89932

Arbeiter-Bekleidung
Wanderausrüstung
Volksbekleidung
Sand 4 89968

Musikhaus A. Feldmann, Schulstraße 6
Sprechapparate :—: Schallplatten
Eigene Reparaturwerkstatt
89937

Herren- und Jünglingskonfektion
Bekleidungshaus Heyer, Lichteburgstr. 22
89940

Lack und Farben jeden Ton —
Kauf ich gut bei Korb & Sohn
Langstraße 14
11073

Grünauer Milchhallen
Promenade 14a / An den Brücken 18
89983

G. Scharf, Warmbrunner Platz
Schuhwarenlager — Reparaturwerkst.
89984

Gertrud Ulke / Damenhüte
Greiffenberger Straße 18
89989

Carl Riegers Nachf., Am Burgturm
Inhaber Friedrich Reinert
Kolonialwaren — Spirituosen
89997

Johann Mehbahm, Warmbrunner Straße
Haus- und Küchengeräte
Glas — Porzellan
11005

Ernst Wolf, Mühlgrabenstraße 23
Prima Roßfleisch- und -Wurstwaren
11006

Nieder-Salzbrunn

Central-Drogerie
Drogerie / Farben / Photo
Waldenburger Straße 34
11202

Franz Krelgirek / Möbelmagazin
Otto-Schütz-Straße 2
Teilzahlung gestattet
11203

Freiburg

Rich. Rathmann
Uhrmachermeister u. Optiker
Landeshuter Straße 9
11093

Erich Dresel, Landeshuter Straße 18
Manufakturwaren / Konfektion
11091

Ph. Wolff, Nikolaistraße 5
Bekleidungshaus f. Damen u. Herren
Berufskleidung / Herrenartikel
11092

Weißstein

„Deutsches Haus"
Inh. Ernst Bartlog
empfiehlt großen und kleinen Saal zu Vergnügungen und Versammlungszwecken
11204

Bernhard Seidel, Salzbrunner Straße 2
Fleisch- und Wurstgeschäft 11205

Kaufhaus Hanke
Hauptstraße 115
11206

August Teuber, Hauptstraße 24
Molkereigeschäft
11207

Gasthof „Zum Hochwald"
empfiehlt seine Lokalitäten u. Vereinszimmer
Hauptstraße 119
11208

Willy Heyne, Hauptstraße 174
Kolonialw., Vorkost, Südfrüchte, Schokoladen, Tabake, sämtliche Schulbücher am Lager
11209

M. Rixdorf, Koehlers Nachflg.
Kolonialwaren / Textilwaren
Hauptstraße 86
11210

Hermsdorf u. K.

Alfred Rilke, Agnetendorfer Straße 22
Friseur für Herren und Damen
11212

H. Ritter, Warmbrunner Straße 52
Damen-, Herren- u. Kinderbekleidung
11213

Nieder-Hermsdorf

Hetmanczyk / Kolonialwaren
Gottesberger Str. 32 :: Bahnhofstr. 2
89588

Schmiedeberg i. R.

Treff der Arbeiter:
Kutscherstube
„Goldener Stern"
Friedrichstraße 52
11214

Hermann Sperling, Liebauer Straße 18
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
11215

Paul Beck, Oberstraße 5
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
11216

Strehlen

Man kauft gut
im Schuhhaus Kunte
Kleine Kirchstraße 1
11348

Max Kalke, Ring 25
Bekleidung
11349

Hausfrauen! Euer Kolonialwaren-Konsum ist Carl Brücke, Ring 41
Wilh. Schotwig, Wasserstraße 6 und Lindenstraße
Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft
11350

Landeshut

Adolf Rabe, Waldenburger Straße 4
Bäckerei / Konditorei / Café
11228

H. Rosenstein, Wilhelmstraße Nr. 4
Filiale: Schmiedeberger Straße 14
Spirituosen / Weine / Liköre / Zigarren
11229

Gustav Haacke, Wilhelmstraße 13
Damen- und Herren-Bekleidung
11230

Kaufhaus Gustav Stief Nachf.
Inh. Wilhelm Fritsch, Kirchstraße 12
Bekleidungshaus
11231

Siegfried Barasch, Kirchstraße
Damen- und Herren-Konfektion,
Schuhe, Hüte, Mützen und Schnittwaren
11232

Arthur Bukl
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Frühstücksstube / Am Markt 21
11233

Paul Tschirner, Markt 19
Kolonialw., Destillation, ff. Liköre u. Weine
11234

Reserviert

Paul Reiß, Markt 9/10
Fahrräder, Nähmaschinen,
Sprechapparate, Reparaturwerkstatt
11235

Eugen Leyser, Kornstraße 6
Zigarren / Zigaretten
11236

Erhard Alfred Krebs, Kornstraße 9
Kolonialwaren
11237

A. Koziel, Liebauer Straße 2
Kolonial-, Tabakwaren
11238

Emil Gläser, Schießhausstraße 5
Kolonialwaren
11240

H. Hallmann, Moltkestraße 13
Kolonialw., Butter, Eier, Obst und Gemüse
11242

Carl Thulmann, Wallstraße 38/39
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel
11243

Hermann Schuberts Nachf., Inh. Karl Wolff
Kolonialwaren, Haus- u. Küchengeräte
Spirituosen
11244

C. Ablers Nachflg.
Pelze / Hüte / Mützen
Böhmische Straße 28
11239

Alois Hampel, Waldenburger Straße
Inh. Ignatz Bender
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren
11327

Jauer

Uhren, Goldwaren
Bruno Hoffmann
Liegnitzer Str. 17 11152

Ihre **Bezugsquelle** soll ständig sein das
Kaufhaus Louis Frankenstein
11159

Henry Tschentscher, Königstr. 4
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren
11156

Wilhelm Weinhold
Ia Fleisch- und Wurstwaren
Goldberger Strasse 10
11158

Reserviert 99
11155

Verlangt stets
Haselbach- und Kipke-Bier
Erich Kell, Kirchstraße 1
11165

Möbel in reichhaltiger Auswahl
A. Langer, Königstraße 15
11157

Adolf Fiebig, Ring 29
Uhren / Optik / Goldwaren
Musikinstrumente, alle Reparaturen
11160

Porzellan / Glas / Steingut
Rudolf Steiner, Ring 40
11161

E. Neugebauer G. m. b. H.
Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte
Betten :—: Ring 10
11162

Reserviert 100
11163

Fleisch- und Wurstwaren
Hermann Palm, Neumarkt 25
11164

Bandagen — hygienische Gummiwaren
Karl Schmude, Liegnitzer Straße 7
Lieferant sämtlicher Krankenkassen
11154

Drogen- und Photo-Haus
Arthur Galle
Liegnitzer Straße 23
11153

Petersdorf

A. Leisching, Dorfstraße
Drogen, Farben, Lacke, Photoartikel
11188

Apotheke, Dorfstraße 89 / Homöopathische und biochemische Arzneimittel, Toiletteartikel, Krankenweine, Harnuntersuchungen
11189

„Gerichtskretscham" / Dorfstraße
Angenehmer Familienaufenthalt
11190

A. Kappner, Dorfstraße 252
Herren- und Damen-Frisiersalon
11191

Fritz Berneis / Installation
Klempnerei, Haus- und Küchengeräte
Dorfstraße
11192

P. Bernhard, Dorfstraße 205a
Uhren / Optik / Sprechapparate
Reparatur-Werkstatt
11193

Herm. Richter, Dorfstraße
Kolonialwaren / Weine
Spirituosen / Küchengeräte
11194

Otto Heidenreich, Dorfstraße
Konditorei / Bäckerei / Café
11195

Kurt Czock
Motor-Fahrräder, Dorfstraße 93
Sprechapparate, Rep.-Werkstatt
11196

Georg Schaer
Arbeitsbekleidung, Dorfstraße 70
Wäsche / Trikotagen / Schuhe
11197

Günther Hirth, Dorfstraße 8
Kolonialwaren / Delikatessen
Haus- und Küchengeräte
11198

Gustav Fliegner vorm. Rath
Kolonialwaren ○ Zigarren Zigaretten
Weine vom Faß billig
11199

Rothenbach

„Krug zum grünen Kranz"
Ausflugslokal / großer u. kleiner Saal
Garten / Arbeiterverkehrslokal
11074

A. Koehler, Inh. Paul Rennoch
Feinkost, Lebensmittel, Haus- u. Küchengeräte, Eisenwaren, Leder. Nr. 24
11080

Schuhwarenhaus
Julius Assmann
Hauptstraße 30
11076

Albert Rückert, Landeshuter Straße 32
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
11077

Heinrich Gelbrich
Dorfstraße 103
ff. Fleisch- und Wurstwaren
11078

Silbermann Nchflg. L. Gottwald
Herrenbekleidungshaus
Rothenbach, Bahnhofstraße 50
Hauptgeschäft Gottesberg
11079

Herbert Lonzer
Landeshuter Straße 44
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
11075

Gustav Schlatte, Hauptstraße 30
ff. Fleisch- und Wurstwaren
11081

Felix Krebs, Dorfstraße Nr. 76
ff. Fleisch- und Wurstwaren
11082

Schwarzwaldau

Paul Simon, Nr. 115
Fleischerei und Gastwirtschaft
11095

Alfred Kaufer, Ortsstraße 30
Fahrradhandlung / Reparaturen
Sprechmaschinen / Schallplatten
11096

Steinkretscham
empfiehlt seine Lokalitäten!
11097

Paul Wolf
Billigste Bezugsquelle f. Bedarfsartikel
11098

Adolf Drescher, Nr. 113
Bezugsquelle für alle Bedarfsartikel
11099